DIE POSTKOMMUNISTISCHEN STAATEN IN SÜDOSTEUROPA IM PROZESS DER SOZIOÖKONOMISCHEN TRANSFORMATION, AM BEISPIEL VON BULGARIEN, MAKEDONIEN UND RUMÄNIEN

DETLEF W. STEIN

BERLIN 1994

Herausgeber

Detlef W. Stein
(Robert-Havemann-Gesellschaft,
Forschungsgruppe OSTEUROPA)

im Auftrag des Bildungswerkes
für Demokratie und Umweltschutz e.V.

Berlin, Januar 1994

Redaktion, Satz und Layout

Detlef W. Stein

Druck

Tribüne Druck

AUFLAGE : 1.000 Exemplare

INHALTSVERZEICHNIS

V. DIE AUSSENPOLITISCHEN BEZIEHUNGEN

ANHANG

- Veranstaltungen in den Gesprächsreihen OSTEUROPA-HEUTE und SÜDOSTEUROPA-AKTUELL 1993 im Haus der Demokratie, Berlin-Mitte

- BIBLIOGRAPHIE

I. EINLEITUNG

Wichtige Aspekte der gesellschaftspolitischen Situation in den ehemaligen kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas wurden in den Gesprächsreihen OSTEUROPA-HEUTE und SÜDOSTEUROPA-AKTUELL im Haus der Demokratie, dem Zentrum der Bürgerbewegungen in Deutschland, in über 30 Veranstaltungen im Jahre 1993 diskutiert.
Ein wichtiger Grund diese Veranstaltungsreihen fortzusetzen, ist das große Informationsdefizit über die Entwicklung in diesen Staaten, vor allem der südosteuropäischen Länder in Deutschland.

Auf zwei Informationsreisen nach Bulgarien, Makedonien und Rumänien sprach ich mit den verschiedensten Vertretern des gesellschaftlichen Lebens. Auf diesen Informationsreisen, die mich zum wiederholten Mal in den letzten 15 Jahren in diese Staaten führten, waren die großen Probleme vor allem im ökonomischen und sozialen Bereich nicht zu übersehen.

Ethnische Konflikte (z.B. in Makedonien) und der wachsende politische Einfluß der gewendeten Kommunisten (heute Sozialisten), wie u.a. in Bulgarien gefährden zunehmend den demokratischen Prozeß in vielen postkommunistischen Staaten.
Der Umgang mit der eigenen kommunistischen Vergangenheit wird weitgehend verdrängt und aus der "offiziellen Erinnerung" ausgeblendet. Die Täter von gestern konnten in der postkommunistischen Ära aufgrund politischer "Seilschaften" zwischen ehemaligen Wirtschaftsfunktionären, Geheimdienstmitarbeitern bzw. ehemaligen KP-Parteikadern und korrumpierbaren Staatsbeamten ihre Positionen in den letzten Jahren ausbauen.

Durch die Vielzahl der sozialen Probleme des einzelnen Bürgers gibt es nur ein begrenztes öffentliches Interesse für die Analyse der Geschichte nach dem II.Weltkrieg.
Die Täter von gestern versuchen diese Situation auszunutzen und beginnen die nationale Geschichte umzuinterpretieren (z.B. die Antonescu-Diskussion in Rumänien).

In vielen Gesprächen mit Bürgerrechtlern und Politikern der verschiedensten Parteien habe ich erfahren, in welchem Maß die ehemaligen kommunistischen Kader ihre Macht und ihren Einfluß überall wieder geltend machen konnten. Die revolutionäre und befreiende Kraft des Winters 1989/90 (Bulgarien,Rumänien) hat leider nicht ausgereicht, um eine wahre gesamtgesellschaftliche Erneuerung zu befördern.

Nachfolgend möchte ich über die gegenwärtige Situation in Bulgarien, Makedonien und Rumänien, u.a. auf Grundlage der Gesprächsrunden im Haus der Demokratie und in diesen südosteuropäischen Staaten geführten Gespräche berichten.

II. ALLGEMEINE ANGABEN

1. REPUBLIK BULGARIEN

- Fläche : 110.994 km²

- Einwohner : 9.146.000 (1990)

- Nationalitäten (1989) :		
	- Bulgaren	88,0 %
	- Türken	8,0 %
	- Armenier	0,3 %
	- Russen	0,1 %
	- Griechen	0,1 %

Die größten Städte (1989):

- Sofia (Hauptstadt)	: 1.300.000	Einwohner,
- Plovdiv	: 365.000	- " -
- Varna	: 306.000	- " -
- Burgas	: 200.000	- " -

In den letzten Jahrzehnten nahm die Urbanisierung in Bulgarien schnell zu und heute leben ca. 70 % der Gesamtbevölkerung in Städten. Den stärksten Zuwachs konnte die Hauptstadt Sofia verzeichnen, da auf Grund der sozioökonomischen Fehlentwicklungen in den Provinzen viele, vor allem junge Leute, eine Chance in Sofia sehen. Auf Grund der zunehmenden Probleme in den Provinzstädten und in den Dörfern des Landes bleibt zu befürchten, daß die zukünftige Migration nach Sofia und Plovdiv anhält und um diese Großstädte Slums entstehen könnten. Bis heute haben die Städte in keiner Weise ihre Attraktivität, trotz der hohen Arbeitslosenzahlen und das Fehlen von Wohnraum, für die Menschen verloren.
Die Entwicklung der Infrastrukturen und eines kulturellen Angebotes in der Provinz, könnte die Migration vom Land in die Städte verringern.

2. EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAKEDONIEN

- Fläche : 25.713km²

- Einwohner : 2.033.964 (1991),

- Nationalitäten: (1991)				
	- Makedonen	65,3 % ,	inoffiziell:	ca.55 %
	- Albaner	21,7 % ,	- = -	ca.35 %
	- Türken	3,8 % ,	- = -	ca. 5 %
	- Roma	2,5 % ,	- = -	ca. 4 %

Die erstgenannten Zahlen spiegeln die offiziellen Ergebnisse der Volkszählung von 1991 wieder, die aber angezweifelt werden dürfen, da erstens die albanische Bevölkerung diesen Zensus boykottiert hatte und zweitens die offiziellen Zahlen des

realen Populationszuwachs pro Jahr der albanischen Bevölkerung im Vergleich zu den Zahlen der letzten Volkszählung (1981) nicht real widerspiegeln. Die natürliche Populationsrate ist annähernd 1,7 mal so hoch wie die der makedonischen Bevölkerung.

Außerdem leben noch weitere Nationalitäten in diesem Land (Statistik von 1981):
- Serben : 2,50 % ,
- Jugoslawen : 1,50 % ,
- Bulgaren : 0,10 % ,
- Griechen : 0,05 % .

- Analphabetenquote (1981) : ca 12 %

Die größten Städte (1991):

- Skopje (Hauptstadt): 448.229 Einwohner,
- Bitola : 84.002 Einwohner,
- Kumanovo : 69.231 Einwohner.

Es leben ca. 55 % aller Einwohner (1991) in den Städten, die Hauptstadt Skopje bildet hier einen Schwerpunkt, denn hier leben ca. 21 % der Gesamtbevölkerung Makedoniens.

3. REPUBLIK RUMÄNIEN

- Fläche: 237.000 km

- Einwohner : 23.490.000 (1992)

- Nationalitäten: (1992)
  - Rumänen 89,1 %
  - Ungarn 7,8 %
  - Roma 2,0 %
  - Deutsche 0,5 %

Die Angabe der Roma ist bei den oben genannten Zahlen die ungenausten Ziffer, da auf Grund der hohen Analphabetenquote und anderen sozialen Benachteiligungen der Roma in Rumänien keine Möglichkeit besteht, diese Menschen insgesamt statististisch zu erfassen. Außerdem verleugnen viele Roma, die zum bürgerlichen Mittelstand gehören, ihre ethnische Identität und geben sich als Rumänen aus. Es gibt hypothetische Angaben, daß sie bis zu 2,5 Millionen Menschen wären (ca. 9 % der Gesamtbevölkerung).

Die größten Städte (1990)

- Bukarest (Hauptstadt) : 2.100.000 Einwohner
- Brasov : 353.000 - " -
- Timisoara : 333.000 - " -
- Jassy : 330.000 - " -

Der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung ist mit 53% (1990) beziffert. Das im Jahre 1974 verabschiedete Gesetz über die "Systematisierung" des Bodens veränderte die Siedlungsweise vor allem in den ländlichen Gebieten. Diese "Systematisierung" bezog sich zunächst auf die Hauptstadt Bukarest . Dort wurde nach den Plänen des kommunistischen Diktators Ceausescu der größte Teil des alten Stadtkerns mit viele historischen Baudenkmälern planiert, um seine riesigen "Sozialistischen Prachtboulevards" bauen zu können.
Der Abschluß dieser Gigantomanie war der Bau einer Residenz in der Größe von Versailles für den Conducator (Führer) des rumänischen Volkes; ein Bau, der heute fünf Jahre nach seinem Sturz immer noch nicht fertiggestellt ist.

Mit dieser sogenannten "Systematisierung" sollten agroindustrielle Komplexe entstehen, in denen Landwirtschaftsbetriebe und Fabriken unter "urbanen" Bedingungen zusammengeschlossen werden sollten. Das Konzept sah in der Endkonsequenz die Vernichtung der Hälfte der Dörfer in Rumänien (ca.14.000) vor.
Nach dem Sturz des Diktators wurden diese Pläne von der neuen Regierung aufgegeben.
Die Binnenmigration erfaßt nicht nur die Hauptstadt Bukarest, sondern auch kleinere Städte, wie z.B. Brasov oder Constanta (Bevölkerungszuwächse zwischen 40-60%).

I. DIE INNENPOLITIK

1. REPUBLIK BULGARIEN

1.1. Das Innenministerium

Die Umstrukturierung nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur hat in einem gewissen Umfang auch das bulgarische Innenministerium erreicht, denn in den letzten drei Jahren sind ca. 14.000 Personen, nach den Worten von Innenminister Viktor Michailow, aus diesem Ministerium *"vorwiegend auf Grund ihrer Verbundenheit zu den alten Machtstrukturen ausgeschieden. Doch nun ist es für uns sehr schwer, neue Kader für die freigewordenen Stellen zu finden. Es ist ein gewisses personelles Vakuum entstanden."*
In welchem Maße alte Kader sich dennoch in die neue Zeit retten konnten, veranschaulicht folgendes Zitat vom Innenminister:

"Die Arbeit eines Polizisten ist ein Beruf, wie der eines Arztes. Und ich hoffe, daß niemand bei uns den Wunsch hat, daß alle Ärzte entlassen werden, nur weil sie in einem totalitären Staat als Ärzte gearbeitet haben und man an ihrer Stelle z.B. Fleischer anstellt!"

In Südostbulgarien gibt es seit der politischen Wende vor fünf Jahren verstärkt ethnische Spannungen in diesem Gebiet, doch Herr Viktor Michailow meinte:

"Ich weiß nicht, wie es weitergehen wird, aber im Moment gibt es bei uns keine ethnischen Probleme, obwohl die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung in Bulgarien sehr vielfältig ist."

Die Problematik um Makedonien ist seit der politischen Wende, wieder in das Gespräch unter den Bulgaren gekommen und so beschreibt der Herr Minister wohl genau den gegenwärtigen Diskussionsstand dieser sensiblen Frage für einen großen Teil der Regierung, wie auch des bulgarischen Volkes:

"Es gibt keine makedonische Nation. Makedonien ist ein geographischer Begriff und in Bulgarien gibt es keine Makedonier.
Die Bevölkerung in Südwestbulgarien wurde bei den Volkszählungen in den 50'er Jahren unter physischen Druck durch staatliche Organe gesetzt, um sich als Makedonier zu bezeichnen."

Die Zunahme der täglichen Kriminalität im Land, so hat er festgestellt, ist in den letzten drei Jahren bei den verschiedensten Verbrechen bis um das Vierfache angestiegen. Vor allem die Schwerverbrechen sind in der Tendenz steigend. Doch viele Verbrechen werden auch von internationalen Verbrechersyndikaten begangen, wie z.B. durch die russische Mafia. International gibt es leider bisher nur bilaterale Verträge, um die Rauschgiftmafia zu bekämpfen.
Doch es fehlen gut ausgebildete Spezialisten und die notwendige westliche Technik, um wirksamer gegen die Schwerstkriminalität vorzugehen. Die BR Deutschland bewies hier Solidarität, in dem

technisches Equipment für die bulgarische Polizei und das Innenministerium im Umfang von ca. 2 Millionen DM vor zwei Jahren zur Verfügung gestellt wurde. Aufgrund der erschreckenden Entwicklung der Kriminalität, wurde vor einigen Monaten ein "Zentralamt für die organisierte Kriminalität" beim Innenministerium gebildet.
Bis zum Ende diesen Jahres soll ein neues Strafgesetzbuch ausgearbeitet und dann dem Kabinett vorgelegt werden.

Die neue Gewerkschaft "Nazionalen Professionalen Sojus" (NPS), die sich vor allem aus Abtrünnigen der sehr einflußreichen Gewerkschaft "Podkrepa" rekrutiert, versucht vor allem mit den royalistischen Kräften im Land ihre politischen Forderungen (Privatisierung forcieren etc.) durchzusetzen. Der Vorsitzende Plamen Darakshiew (ehemaliger Vizepräsident von "Podkrepa" und Chefredakteur der gleichnamigen Zeitung) meint, daß *"die monarchistische Bewegung in Bulgarien sehr stark ist und sie auch in Zukunft eine politische Kraft bleiben wird."*
Der Vorsitzende dieser angeblich 62.000 Mitglieder großen Gewerkschaft unterstützt die Politik der UDK und verhält sich anderen Gewerkschaften sehr isoliert.
Außerdem gibt es in Bulgarien seit kurzem noch eine andere neue Gewerkschaft mit dem Namen "Assoziation der Demokratischen Gewerkschaften", die sich aber noch organisatorisch und strukturell im Aufbau befindet.

1.2. Das Bildungswesen

Bildungsminister Marko Todorow steht vor vielen ungelösten Problemen im Bereich des Bildungswesens, denn es gibt kaum staatliche Mittel für die Forschung an den Hochschulen und bislang auch kaum Interesse seitens der Industrie, die sich bekanntlich selbst in einer großen ökonomischen Krise befindet.
Das allgemeine Bildungsniveau in Bulgarien schätzen westeuropäische Experten als gut ein, doch auch als sehr verschult. Neue Rahmenbedingungen sollen hier das Gesetz zur Autonomie der Hochschulen (1990) und das Gesetz für die Mittelschulen (1991) setzen. In der Schließung einer ganzen Reihe von Hochschuleinrichtungen sieht der Minister eine Möglichkeit, die Lehre an den Bildungseinrichtungen generell zu verbessern, da dann die freiwerdenen Haushaltsmittel für die übrigen Hochschulen verwendet werden können.
Die Unterrichtsqualität schnellstens den drei privaten Universitäten (Sofia, Burgas, Blagoewgrad) anzupassen, ist ein ehrgeiziges Ziel, wird aber noch einige Jahre in Anspruch nehmen.
Für viele Jugendliche sind die privaten Hochschulen auf Grund der sehr hohen Studiengebühren pro Semester (10.000.-15.000 Lewa = Lohn für vier Monate! unüberwindlich und daher auf Studienangebote des Staates angewiesen.
Ein Hochschullehrer verdient ca. 2.500-3.000 Lewa und ein Direktor zwischen 3.000-4.000 Lewa im Monat.

Die Sprachen der nationalen Minderheiten können fakultativ gelehrt werden, doch ist ein Ganztagsunterricht in einer anderen Sprache als das Bulgarische nicht vorgesehen.

Die ersten türkischsprachigen Privatschulen wurden deshalb im Südosten des Landes, im Siedlungsgebiet der Türken, gegründet.
Aufgrund sozialer Benachteiligungen und den ethnischen Spannungen in einigen Gebieten des Landes, aber auch wegen vielen persönlichen Kontakten in das Nachbarland, sind nach den Worten des Imams der Banja-Bashi-Moschee in Sofia allein in diesem Jahr ca. 100.000 Türken in die Türkei umgesiedelt.
Viele Fächer, die einer speziellen Indoktrinierung der Schüler zur Aufgabe hatten, wie z.B. Marxismus-Leninismus, Marxistische Philosophie, wurden schon mit den ersten Reformmaßnahmen aus den Lehrplänen eliminiert. Doch eine Vielzahl der alten Lehrkräfte, so zum Beispiel die ehemalige Dozenten für Marxismus-Leninismus können nach Auskunft des Bildungsministers *"ihre Arbeit an den Hochschulen behalten, müssen sich jedoch mit einer einfachen wissenschaftlichen Tätigkeit zufrieden geben; und können nicht in wissenschaftlichen Gremien gewählt werden."*

1.3. Die Politik der Union der Demokratischen Kräfte (UDK)

Die UDK im bulgarischen Parlament ist nach dem Sturz ihres Premierministers Dr.Filip Dimitrow im Oktober 1992 durch innere Führungskrisen und einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung vor allem in der Provinz geschwächt. Dazu kommt die Abspaltung von 25 Abgeordneten der parlamentarischen UDK-Fraktion im Januar 1993 und Gründung einer neuen Fraktion mit dem Namen "Nov Sojus sa Demokrazija" (NSD). Bekannte Mitglieder der Fraktion sind u.a. Nikola Wassiliew (ehem. Bildungsminister) und Dimitar Ludshew.
Diese Abgeordneten akzeptierten zum überwiegenden Teil die Politik der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP; ehem. KP) und gingen somit eine politische Koalition mit den Sozialisten im Parlament ein. Asparuch Panow (Abgeordneter der Radikaldemokratischen Partei, UDK) fordert auch deshalb:

"Bei der Umstrukturierung in diesem Ausmaß im Parlament ist es moralisch nicht verantwortlich weiterzuregieren (gemeint ist die jetzige Regierung Berow, D.S.), *deshalb fordern wir schnellstens Neuwahlen."*

Zu Gesprächen zwischen dem Reformflügel der BSP (ca. 20 von 128 BSP-Abeordneten; in großer Anzahl junge Leute) und der UDK-Fraktion ist es bislang noch nicht gekommen. Die UDK sprach sich nach dem Sturz ihres Kabinettes für Neuwahlen aus, doch hatte die türkische "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (BRF) eine andere Meinung und wechselte von der UDK- zur BSP- unterstützenden Politik im Parlament.
Die Forderung des Präsidenten Shelju Shelew nach einem "nationalen Konsens", d.h. die politische Zusammenarbeit zwischen der UDK und der BSP im Sachfragen, blieb bislang ungehört.

Dr. Filip Dimitrow, der im Herbst 1992 gestürzte Premierminister und heutige Vorsitzende der UDK sagte dazu:

"Nach dem Sturz der UDK-Regierung wurden die Reformmaßnahmen durch die neue Regierung verlangsamt und zum Teil gestoppt. Der im Frühjahr 1993 verabschiedete Haushalt hat die alten kommunistischen Modelle zur Grundlage".

Der gesellschaftliche Rückschritt wird von Dr.Dimitrow weiterhin dahingehend beschrieben, daß *"die Regierung versucht, die Massenmedien wieder auf einen kommunistischen Kurs einzuschwören. Man übt staatlicherseits Druck auf die Medien aus, um bestimmte politische Ereignisse zu überspielen."* Dafür sprechen die Entlassungen des Direktors des Bulgarischen Fernsehens und des Direktors der nationalen Nachrichtenagentur (BTA).
Die Sozialisten versuchen zur Zeit die Novellierungen der neuen Gesetze, die die Marktwirtschaft forcieren solle (Steuergesetz), immer wieder zu blockieren.
Da die politische Situation im Land nicht gefestigt ist, wünscht auch Herr Dimitrow Neuwahlen und macht auch schon einmal eine Wahlaussage in Richtung Regierungskoalition:

"Wenn die Bauernpartei von Frau Mosar die 4% Hürde überwindet, könnten wir uns auch eine Regierungsbildung mit dieser Partei vorstellen."

1.4. Die jüdische Gemeinde

Juden siedeln schon seit dem 2.Bulgarischen Reich (1186-1396) in Bulgarien. Nach der Vertreibung der jüdischen Bewohner aus Spanien (1492) zogen viele sefardische Juden in das Osmanische Reich, d.h. in Gebieten, die hauptsächlich von Bulgaren bewohnt waren. Diese eingewanderten Juden behielten ihre eigene Sprache (Ladino) bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts bei und lebten hauptsächlich in den Städten. Ein weltbekannter, aus einer sefardischen Familie stammender Schriftsteller aus Rustschuk (heute Russe), ist Elias Canetti (geboren 1905).
Unter einer opportunistischen Politik der bulgarischen Regierung unter Zar Boris III. (Gebietsforderungen an die Nachbarstaaten) gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, wurde 1940 nach deutschen Vorbild das "Gesetz zur Verteidigung der Nation" durch das Parlament verabschiedet. Doch auf Grund des Protestes großer Teile der bulgarischen Bevölkerung, der orthodoxen Kirche und einer Vielzahl von Politikern ist es gelungen, die ca. 55.000 Juden vor der Shoah zu bewahren.
In den von Bulgarien besetzten Gebieten in Makedonien und Thrakien wurde die jüdische Bevölkerung jedoch in die Vernichtungslager deportiert und getötet (ca. 12.000 Menschen).
Nach dem II. Weltkrieg sind ca. 50.000 Juden nach Palästina und später nach Israel ausgewandert (Aliah). In Bulgarien leben zur Zeit ca. 6.000 Juden; die größte Gemeinde befindet sich in der Hauptstadt Sofia (ca. 4.000 Juden).
Die jüdische Schule in Sofia besuchen ca. 150 jüdische Kinder (1.-8. Klasse).

Eine wichtige Aufgabe für die Gemeinde ist die Rekonstruktion der Synagoge in Sofia, deren Aufbau schon mehrere Jahre währt und auf Grund von Baustoffmangel oder finanziellen Schwierigkeiten sich immer wieder verzögert. Vor einigen Monaten wurde deshalb eine Stiftung ins Leben gerufen, die 300.000 US-Dollar sammeln will (50.000 US-Dollar stehen schon bereit).
Der bulgarische Staat beteiligt sich mit der eher symbolischen Summe von 340.000 Lewa.

Das letzte Jahr stand in der Gemeindearbeit ganz im Zeichen des 50. Jahrestages der Errettung der bulgarischen Juden vor der Shoah. Es wurde zu diesem Anlaß eine spezielle Kommission gebildet, an deren Spitze u.a. der Staatspräsident Shelju Shelew stand und die viele Aktivitäten auf kulturellen und politischen Gebiet entfaltete.

Seit dem Wintersemester 1992/93 wurde erstmalig in Bulgarien ein Lehrstuhl für Judaistik an der Sofioter Universität eingerichtet.

Der jüdische Verband SCHALOM versucht schon seit Jahrzehnten das kulturelle Brauchtum zu pflegen sowie die verschiedensten Aktivitäten im Land zu organisieren. Vor drei Jahren gab es auch in diesem Verband einen personellen Austausch und Strukturen wurden geringfügig verändert. Die abgesetzten Führungspersönlichkeiten mußten auf Grund ihrer prokommunistischen Verbandsarbeit gehen, sind aber bis heute einfache Mitglieder bei SCHALOM. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind weiterhin die soziale Betreuung älterer Menschen, die Vermittlung von finanziellen und materiellen Mittel der amerikanischen Stiftung JOINT (Geldzahlungen an Rentner mit sehr niedrigen Einkommen, die dann den Fehlbetrag bis zur Summe von 1.300 Lewa erhalten u.a.), Einrichtung von Sonntagsschulen (Hebräisch-Unterricht und jüdische Geschichte etc.), Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, Ferienlager für Kinder und Jugendliche.
Der Verband gibt eine Wochenzeitung "Ewreijski westnik" mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren in bulgarischer, spanischer und englischer Sprache heraus.
Das seit 28 Jahren kontinuierlich publizierte Jahrbuch hat seit der Umstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen und den damit fehlenden staatlichen Subventionen große Schwierigkeiten auch weiterhin publiziert zu werden. Heute wird das Jahrbuch in einer Auflage von 500 Exemplaren in bulgarischer, spanischer und englischer Sprache herausgegeben.
In Zusammenarbeit mit den anderen jüdischen Gemeinden in Südosteuropa ist geplant eventuell ab 1994 einen "Jüdischen Jahresalmanach der Gemeinden Südosteuropas" zu publizieren.
Insgesamt kann man einschätzen, daß dieser Verband immer noch eine prokommunistische Haltung vertritt und seine eigene Geschichte und politische Rolle während des kommunistischen Regimes in Bulgarien nur partiell aufarbeitet. Sympathisanten und Mitglieder der Sozialistischen Partei (BSP), der Nachfolgerin der BKP, sind hier die meisten Mitarbeiter des Verbandes.

Im Gegensatz dazu wurde eine antikommunistische Kulturvereinigung mit dem Namen ZION im Jahre 1992 ins Leben gerufen. Die Gründer, vor allem Mitglieder und Anhänger der UDK, entwickelten nach der spektakulären Gründung aber keinerlei öffentliche Aktivitäten und so ist dieser Verband mit seinen ca. 35 Mitgliedern bedeutungslos.

Es gibt keinen offnen Antisemitismus in Bulgarien. Aber die nationalistischen Parteien im rechten politischen Spektrum agitieren seit zwei Jahren verstärkt gegen die türkische Minorität und auch gegen die Roma, deshalb könnte sich der Haß dieser politischen Extremisten eines Tages, bei weiteren großen sozialen Schwierigkeiten innerhalb der bulgarischen Gesellschaft, durchaus auch auf die Juden ausweiten.
Antisemitische Schmierereien sind, im Gegensatz zu Graffitos gegen den Präsidenten der Republik Bulgarien, Shelju Shelew, sehr selten.

2. EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAKEDONIEN

2.1. Die allgemeine innenpolitische Situation

In den letzten Monaten haben die ethnischen Spannungen, vor allem zwischen der makedonischen Bevölkerungsmehrheit (ca. 55% der Gesamtbevölkerung) und der albanischen Bevölkerung (ca. 35%-40%) zugenommen. Dafür gibt es einige Gründe, wie zum Beispiel die Änderung der Verfassung vor zwei Jahren ohne Zustimmung der albanischen Abgeordneten!
Ein großes Problem für die Albaner besteht in der Bildungspolitik, denn auf Grund von verschiedenen staatlichen Restriktionen ist es für die albanischen Schüler sehr schwer, sich für einen Studienplatz immatrikulieren zu lassen.
Der bekannte Albanologe Prof. Dr. Remzi Nesimi, ein Mitglied des Verbandes "Union der albanischen Intelligenz", versucht für die Probleme im Bildungsbereich eine breite Öffentlichkeit herzustellen und mit dem Bildungsmisterium Lösungen u.a. für die Eröffnung einer albanischen Hochschule zu diskutieren.

Der Präsident des Landes, Herr Kiro Gligorov, versucht den Ausgleich zwischen den nationalistischen Parteien der beiden großen Bevölkerungsgruppen (Makedonier, Albaner) zu erreichen, ist aber auf Grund seiner jahrzehntelangen kommunistischen Parteikarriere ein Politiker der in der Bevölkerung (ungeachtet der ethnischen Identität) sehr umstritten ist.
Zum einen ist die Bevölkerung nicht überzeugt, daß er den eigenen politischen Wandel von einem Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei zu einem geläuterten Sozialdemokraten so unbeschadet überstanden hat und zum anderen fehlt ihm, wie auch der gesamten Partei, eine gewisse politische Flexibilität und wahre Dialogbereitschaft gegenüber den Problemen und Wünschen der Minoritäten.

Doch immerhin, er gibt der albanischen Bevölkerung gewisse Hoffnungen für eine eigene Universität:

"Bei Eröffnung einer möglichen albanischen Universität sind folgende Fragen ungeklärt: Gibt es überhaupt genügend Studenten? Und wird es ausreichend Lehrkräfte und Professoren geben usw.? Es ist keine Frage des guten Willens bezüglich der Eröffnung einer Universität. Der gute Wille besteht. Doch es müssen eine Vielzahl von Vorarbeiten geleistet werden, damit diese Universität entstehen kann. Es ist ein sehr langer Prozeß."

Wenn sich nicht die Innenpolitik der regierenden Sozialdemokratischen Partei in der nächsten Zeit ändert, könnte sich die gegenwärtige Politik des Ausgrenzens der albanischen Bevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten für die weitere Stabilität des Staates verhängnisvoll entwickeln, denn u.a. ist die albanische Populationsrate fast zweimal so groß, wie die der makedonischen Bevölkerung und das heißt für die Zukunft, daß hier in spätestens 20-30 Jahren die Moslems die Mehrheit in Makedonien repräsentieren werden.

Premierminister Branko Crvenkovski verschönt die gegenwärtige innenpolitische Situation, wenn er sagt," *daß die Beziehungen zwischen den Makedoniern und den Albanern relativ gut sind. Wir haben hier, im Gegensatz zu anderen Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens, eine tolerante Atmosphäre."*

Die Unzufriedenheit unter der jungen albanischen Bevölkerung nimmt zu, da die eigenen Parteifunktionäre und Abgeordneten im Parlament (Albaner koalieren mit der Sozialdemokratischen Partei und sind in der Regierung mit vier Minister vertreten) nach drei Jahren noch keine spürbaren Verbesserungen für die Albaner durchgesetzt haben. Es muß damit gerechnet werden, daß es in den nächsten Monaten zu einer Abspaltungsbewegung von junge Parteimitgliedern der Partei der Prosperität, wie auch von der zweitgrößten albanischen Partei, der Demokratischen Volkspartei, kommen könnte. Eine neue Partei mit radikaleren Forderungen gegenüber den makedonischen Regierenden würde die Spannungen im Land verstärken.

Aufgrund der vielfältigen ungelösten Probleme und der inneren Zerrissenheit der Regierung zwischen den beiden Bündnispartner spricht sich der Premierminister für Neuwahlen aus, schränkt aber ein, *"daß wir sie so schnell nicht haben werden."* Eine Initiative dazu wurde im Sommer 1993 vom Parlament abgelehnt. Die Partei VMRO-DPMNE hat die stärkste Fraktion im Parlament (38 Parlamentssitze von 120) und ist dennoch in der Opposition. Viele politischen Forderungen dieser Parteien sind nationalistisch und chauvinistisch, so ist ihre politische Maximalvariante, ein "Großmakedonien" herzustellen. Doch dieser Plan bedeutet in der Realität, Gebietsansprüche gegenüber Bulgarien und Griechenland und der heutigen Bundesrepublik Jugoslawiens zu erheben.

Die Einschätzung von Herrn Crvenkovski zu dieser Partei ist dabei wohl noch etwas untertrieben:

"Die VMRO ist vielleicht nicht gerade eine nationalistische Partei, aber eine nationale Partei, die zu einigen Fragen eine nationalistische Einstellung hat."

Seit den letzten Jahren wird unter den einzelnen Ethnien immer wieder über ihren eigenen Anteil an der Gesamtbevölkerung diskutiert. Natürlich darf man den amtlichen makedonischen statistischen Angaben nur sehr beschränktes Vertrauen schenken, denn demnach gibt es nur 21,7 % Albaner bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 2,1 Millionen Einwohnern.
Die Angaben einiger albanischer Nationalisten, demzufolge die albanische Bevölkerung heute einen Anteil von über 50% hat, ist genauso unrealistisch! Die der Wahrheit am nächsten kommenden Schätzungen gehen von einem albanischen Anteil von ca. 35-40 % der Gesamtbevölkerung aus. Eine Möglichkeit, diese politischen Diskussionen nun endlich beizulegen, wäre eine neue Volkszählung, die auch von beiden Seiten befürwortet wird (Frühjahr 1994).
Präsident Gligorov meint:

"Die Albaner sagen, sie wären 500.000-800.00 Bürger in Makedonien, manche behaupten sogar, es gäbe eine Million Albaner bei uns. Und da es Unstimmigkeiten bei uns gibt, daß diese Zahlen nicht stimmen, haben wir vorgeschlagen, eine neue Volkszählung unter internationaler Beobachtung durchzuführen."

Bleibt zu hoffen, daß man nach der Volkszählung diese politischen Debatten nicht weiterführen wird und sich die demokratische Dialogfähigkeit aller Ethnien in Makedonien weiterentwickelt.

2.2. Die Parteienlandschaft

Nach dem Zerfall Jugoslawiens und am Beginn der Errichtung einer civil society in Makedonien ist der Prozeß der politischen Polarisierung immer noch nicht abgeschlossen. Es gibt zur Zeit ca. 30 eingetragene Parteien, die das gesamte politische Spektrum von Linksradikalen über die zu Sozialdemokraten mutierten Kommunisten, Nationalisten (VMRO) bis zu den Liberalen und verschiedenen kleineren Parteien, die vorwiegend aus ethnischen Gesichtspunkten heraus gegründet worden sind (Partei für die vollständige Emanzipation der Roma), repräsentieren.
Die albanische Bevölkerung hat drei Parteien :
- Partei für Demokratische Prosperität (Parlamentsabgeordnete)
- Demokratische Volkspartei (- " -)
- Liberale Partei.

Eine Grüne Partei wurde im Sommer des letzten Jahres von albanischen Intellektuellen gegründet. Die Grüne Partei Makedoniens wurde im letzten Jahr von slawischen Intellektuellen in Skopje gegründet.

Außerdem ist eine neue liberale Partei ins Leben gerufen worden, die durch die Verschmelzung von drei kleineren Parteien und Bewegungen hervorgegangen ist.
Die nationalistische Partei VMRO-DOMNE als die stärkste Fraktion im makedonischen Parlament (38 Sitze) stellt die politische Opposition zur regierenden Sozialdemokratischen Partei (ehem.KP) mit 31 Sitzen und den beiden albanischen Parteien (22 Sitze) dar.
Nach den Wahlen von 1990, an denen sich 19 Parteien beteiligten und um die 120 Parlamentssitze fochten, gab es folgende Ergebnisse:

Partei	Sitze	
- VMRO-DPMNE	38	Abgeordnete
- Sozialdemokratische Partei Makedoniens	31	- " -
- Partei für Demokratische Prosperität	22	- " -
- Die Reformkräfte Makedoniens - Liberale Partei	17	- " -
- Sozialistische Partei Makedoniens	5	- " -
- Partei der Jugoslawen in Makedonien	2	- " -
- Nationaldemokratische Partei in Makedonien	1	- " -
- Partei der völligen Emanzipation der Roma	1	- " -
- Unabhängige Kandidaten	3	- " -

Die wichtigsten nationalistischen Parteien VMRO-DPMNE und MAAK (Bewegung für eine Allmakedonische Aktion) haben ein Ziel: die Vereinigung der Gebiete, auf der nach ihrer Meinung eine ethnisch-makedonische Bevölkerung siedelt, d.h. konkret wird ein zukünftiges "Großmakedonien" angestrebt, das Teile der heutigen Nachbarstaaten umfassen sollte.
Natürlich werden solche Ansprüche offiziell von der Partei bestritten, ebenso, daß man absolut nichts gegen die ethnischen Minoritäten einzuwenden habe, wenn sie nur keine "allzu verschämten nationalistischen Forderungen stellen".
Doch leider sieht die Gegenwart ganz anders aus, denn in ihrer Politik im Parlament, wie auch in ihren Periodika argumentieren sie nicht nur radikal antikommunistisch gegen die regierende "Sozialdemokratische Partei", sondern äußern sich durchaus auch negativ zur albanischen Minorität und weiteren kleineren Ethnien im Land.
Dafür resümieren sie oft über die große Vergangenheit der makedonischen Geschichte, die schon mit dem König Philipp II. von Makedonien und Alexander den Großen vor ca. 2.400 Jahren aus ihrer Sicht begann und sich im heutigen Staat Makedonien fortsetzt. Diese Parteien sind als politisch sehr gefährlich für den Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzuschätzen, da sie einen sehr auf die makedonische Bevölkerung ausgerichteten Standpunkt vertreten und mit ihren nationalistisch-chauvinistischen Tönen, bei weitergehenden sozialen Abstieg der Bevölkerung, ein letzter "Hoffnungsträger" für die Unterprivilegierten sein könnten. Und diese Situation würde direkt in den 3. Balkankrieg dieses Jahrhunderts führen.

Selbstverständlich gibt es auch unter den Albanern extremistische Positionen, die dahingehend artikuliert werden, daß eines Tages ein "Großalbanien", d.h. ein Kerngebiet von Albanien und Kosovo unter Einbeziehung von heutigen Territorien Montenegros, Serbiens, Griechenlands, Makedoniens, entstehen soll.

Von verschiedenen Seiten hört man, daß es durchaus möglich wäre, daß es schon in diesem Jahr zu vorgezogenen Neuwahlen kommen könnte.

1.3. Gleichstellung der albanischen Bevölkerung ?

Die albanische Bevölkerung, die heute einen Anteil von ca. 35 % der Gesamtbevölkerung repräsentiert, leidet unter der ungleichen Behandlung zwischen der Titularnation und den anderen Ethnien, wie die anderen Minoritäten im Land.
Obwohl zwei albanische Parteien im Parlament vertreten sind und sogar vier Minister stellen, sind die realen Möglichkeiten der Machtausübung durch diese Funktionen äußerst beschnitten.

Makedonien hat bislang eine geringe innere Reformfreudigkeit seit 1990 bewiesen, denn es ist für die Einschätzung der gegenwärtigen innenpolitischen Lage symptomatisch, daß der ehemalige kommunistische Spitzenfunktionär Kiro Gligorov (geb.1917), heute ein von großen Teilen der westeuropäischen Regierungen geachteter Politiker, der das Amt des Staatspräsidenten ausfüllt.

In der Parlamentsarbeit werden Anträge, die von der nationalistischen Opposition (VMRO) gestellt werden und die eine teilweise Beschneidung der freien Entfaltung der albanischen Minderheit bzw. anderer nationaler Minoritäten zum Inhalt haben, durchaus gemeinsam mit der regierenden Sozialdemokratischen Partei gegen die albanische Regierungsfraktion durch die Ausschüsse gebracht bzw. im Parlament gemeinsam vertreten.

Ein Beispiel dafür ist die Ablehnung der Autonomieforderung der Albaner vom Januar 1992 oder die Verabschiedung der neuen Verfassung von 1991, die eine Reihe von Rechten der ethnischen Minoritäten vernachlässigt: In der bisherigen Verfassung war Makedonien "ein Staat des makedonischen Volkes und der albanischen und türkischen Minderheiten" und in der novellierten Fassung von 1991 heißt es in der Präambel "Makedonien ist ein Nationalstaat der makedonischen Nation".

Die Frage nach einer friedlichen "ethnischen Säuberung" darf hier ruhig gestellt werden, d.h. daß von makedonischen Parteien einer Politik gehuldigt wird, die stets das Fernziel einer möglichen Homogenität nicht aus den Augen verliert!
Ein weiteres Beispiel ist der Artikel 7, in dem es heißt, daß die makedonische Sprache die Amtssprache ist (bei ca. 45% der Gesamtbevölkerung, die in diesem Fall keine Muttersprachler sind!).
Es gibt noch einige dieser "Novitäten", deshalb soll es an dieser Stelle genügen.

Ein Schwerpunkt des nicht gleichberechtigten Lebens zwischen der makedonischen und albanischen Bevölkerung ist die gesamte Bandbreite der Problematik des Bildungssystems in diesem Staat. Auch hier einige Beispiele, die die Wirklichkeit demonstriere sollen:

- Das albanische Gymnasium "Zef Lush Marku" in Skopje wurde im Jahre des schweren Erdbebens von 1963 vollständig zerstört. Bis heute hat dieses Gymnasium keine eigenen Unterrichtsräume und ist immer noch "Gast" im makedonischen Gymnasium "Nikola Karev"! Der Unterricht wird hier im Schichtwechsel vormittags und nachmittags erteilt.
- Aufnahmeprüfung für den Zugang an einem Gymnasium: Seit dem Schuljahr 1991/92 gibt es ein neues Aufnahmeverfahren, verbunden mit einer verstärkten NC-Regelung, die vor allem die albanischen Schüler trifft, da sie nicht in gleicher Qualität die Amtssprache Makedonisch beherrschen und in ihrer Muttersprache diese Aufnahmeprüfung nicht abgelegt werden kann.

Im Jahr 1981 gab es nach der alten NC-Reglung noch 13 albanische Klassen, heute dagegen nur noch 3 Klassen (1992). Nach heftigen Protesten der Eltern beim Präsidenten Kiro Gligorov und beim Ministerpräsidenten Klusev gaben die staatlichen Stellen nach und boten eine zusätzliche albanische Klasse und die Berufsausbildung für drei weitere Klassen an. Der "Verband der albanischen Intelligenz", in der Hauptstadt Skopje beheimatet, versucht Alternativen zu entwickeln und Lösungsweg aufzuzeigen.

Seit einigen Monaten gibt es Runde Tische für Bildungsfragen, an denen Bildungspolitiker und die Direktoren von albanischen Gymnasien nach beiderseitig akzeptablen Lösungen arbeiten. Ich denke an dieser Stelle, daß es durchaus eine vernünftige Lösungsstrategie für die vielen ethnischen und gesamtgesellschaftlichen Probleme sein könnte, daß die verantwortlichen Politiker, wie auch die betroffenen Bürger, versuchen sollten - vor allem auf lokaler Ebene - sich der Institution des Runden Tisches zu bedienen und damit auch den Bürgern der verschiedenen Nationalitäten das Gefühl vermitteln, nicht nur ein Befehlsempfänger der amtierenden Regierung zu sein, sondern durch die unmittelbare Miteinbeziehung in die Problemlösung das Gefühl für die Mitarbeit an einem neuen und wahrhaft demokratischen Makedonien teilzuhaben.

Nachfolgend werden weitere Benachteiligungen im Bildungswesen genannt.

- Durch den harten NC sind an den Gymnasien auch nur ca. 20% aller Schüler Albaner.
  An der größten Universität des Landes in Skopje (1949 gegründet) stellt die albanische Jugend 4% aller Studenten und das vor allem in der Fachrichtung Albanologie! An der Universität Monastir sind es nur noch 2% aller immatrikulierten Studenten.

- Seit einem Beschluß des Bildungsministeriums von 1992 wurden parallele Klassen eingerichtet, d.h. daß es Unterricht in albanischer und makedonischer Sprache gibt. Schulen mit sogenannten parallelen Klassen gibt es allerdings nur in den größeren Städten, wie in Skopje, Tetovo, Gostivar, Kumanovo, Kishevo und Struga. Die Auswahlkommissionen, die über den Zugang an den Gymnasien für die albanischen Klassen verantwortlich sind, setzen sich vor allem aus dem makedonischen Lehrkörper zusammen, die wiederum die albanische Sprache nur mangelhaft beherrschen.
- Im makedonischen Bildungsministerium arbeiten 270 Mitarbeiter, doch nur 13 Personen sind Albaner.
- An der zentralen Polizeischule in Skopje lernen 10 Albaner mit 490 makedonischen Studenten.
- In der Druckerei "Prosvjat Nadjelo", in der albanische und makedonische Literatur gedruckt wird (auch Lehrmaterial), gibt es zwei albanische Angestellte.

In den Gesprächen mit albanischen Hochschullehrern und Politikern konnte ich immer wieder feststellen, daß sie über die derzeitige staatliche Bildungspolitik sehr verzweifelt waren und es auf der anderen Seite bislang nicht gelang, eine breite Öffentlichkeit im Land zu mobilisieren.
Sollten die Probleme nicht in absehbarer Zeit zur Zufriedenheit aller beteiligten Seiten gelöst werden, könnte das zu einer Radikalisierung der albanischen Jugend führen und kontraproduktiv für die weitere innere Stabilität werden.
Da die staatlichen Universitäten und Hochschulen für Albaner in sehr beschränkten Umfang eine Möglichkeit bieten, um ein Studium aufzunehmen und die Universität in Prishtina (Kosovo) für die Jugendlichen nach dem Ausbruch des Krieges im ehemaligen Jugoslawien unerreichbar geworden ist, fordert die albanische Seite eigene autonom verwaltete Hochschulen nach Schweizer Vorbild.

Die Verhandlungen in Genf zwischen der albanischen und der makedonischen Delegation über die weitere Normalisierung in Makedonien werden schon über ein Jahr geführt. Albanische Vorstellungen über die Etablierungen einer eigenen albanischen Universität wurden von makedonischer Seite zugestimmt, doch blieb bislang alles nur reine Theorie.
Von vielen Albanern hört man immer wieder, daß sie unter dem Tito-Regime (mit der Verfassung von 1974) mehr Rechte genossen, als heute in einer sogenannten freien Gesellschaft.
In den Privatgeschäften von Albanern (z.B. auf dem Bit-Basar in Skopje) sieht man sehr oft noch Fotos mit dem Tito-Porträt.

Prof.Dr. Remzi Nezimi sagte mir zu den derzeitigen ethnischen Spannungen: *"Die Probleme in Makedonien können nicht gelöst werden, wenn wir nicht die gleichen Rechte, wie die makedonische Bevölkerung bekommen!"*

Um der Bildungsmisere zu entgehen wurde im Dorf Dlapkindoll, Gemeinde Kishevo das erste private Gymnasium 1991 gegründet und eröffnet. Dieses Gymnasium steht allen Nationalitäten gleichberechtigt zur Verfügung, doch dominieren natürlich in diesem albanischen Siedlungsgebiet die albanischen Schüler.

Die Kosten werden ausschließlich von Auslandsalbanern beglichen. Hier erhalten 300 Schüler eine kostenlose Ausbildung. Noch gibt es keine staatliche Anerkennung der Schulabschlüsse, doch ist man zuversichtlich, daß diese Frage in diesem Jahr mit dem Bildungsminsterium gelöst wird. Die Möglichkeit zur Eröffnung von privaten Universitäten, wie schon seit zwei Jahren in Rumänien und Bulgarien möglich, befindet sich noch in der Phase der Diskussion und somit existieren keine gesetzlichen Grundlagen für solche Initiativen. Weitere Diskriminierungen der albanischen Bevölkerung:

- Beim staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender arbeiten ca. 2.080 Personen. Es sind aber nur 60 Albaner dort angestellt.
- Die Sendestunden beim Rundfunk: 1 Sendestunde in Albanisch : 30 Sendestunden in Makedonisch.
  Die Sendezeit im Fernsehen beträgt eine halbe Stunde am Tag und am Wochenende gibt es überhaupt keine Sendezeiten in albanischer Sprache.
- In den Vorortzügen von Skopje werden jeden Tag Polizeikontrollen durchgeführt. Es werden vor allem Roma und Albaner intensiv kontrolliert und befragt. Die Polizisten gehen als Staatsmacht in einer Art gegen Bürger vor, wie ich sie viele Jahre unter der kommunistischen DDR-Diktatur erlebte!

Übrigens werden auch ausländische Besucher intensiv zu ihrem Reiseziel befragt und die Personalien notiert!

Die Jugendkriminalität hat in den letzten Jahren, vor allem in den Städten, bedeutend zugenommen.
Arbeitslosigkeit, soziale Konflikte, ethnische Spannungen und das Fehlen von genügend staatlichen Mittel, auf Grund der schwierigen ökonomischen Situation zum Teil verständlich, tragen dazu bei, daß die Kinder und Jugendlichen sich selbst überlassen sind.
Den Schulen fehlt es überall an Geld und einer gesicherten materiellen Basis, so daß an Freizeitangebote nicht zu denken ist.

Ein typischer Vertreter der gemäßigten nationalistischen Politik ist der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei Makedoniens, Herr Vasil Ristovski. Der junge Unternehmer (35 Jahre) gründete zusammen mit seinen Freunden vor allem unter diesem programmatischen Titel eine christliche Partei, da er so natürlich am schnellsten mit gleichnamigen reichen Parteien in Westeuropa Kontakt aufnehmen kann und er sich somit u.a. persönliche Vorteile für seine Geschäfte erhoffen kann. Nach meiner Frage, in welchen Traditionen er mit dieser Partei stehen würde, gab er mir nur zur Antwort, daß *"man keine Tradition benötige, wenn man sich die 10 Gebote des christlichen Glaubens zu eigen macht."*
Und zur Problematik der innerethnischen Spannungen im Land:

"Wenn es den Albanern hier nicht gefällt, sollen sie doch nach Albanien gehen, hier müssen sie die makedonischen Gesetze achten!"

Obwohl diese Partei im politischen Spektrum keine große Rolle spielt und auf ein christliches Parteienverständnis aufbaut, daß in Südosteuropa keine Tradition hat, bemüht er sich durch

intensive Kontakte zu den Schwesterparteien in Griechenland, Serbien und der BR Deutschland nicht nur um allgemeine Popularität, sondern natürlich auch um Geld.

Die albanischen Parteien sind bemüht, folgende Forderungen u.a. für die albanische Bevölkerung durchzusetzen:
- Revision von verschiedenen Artikeln der neuen Verfassung von 1991,
- Gleichberechtigung der albanischen Schüler bei der Vergabe der Studienplätze,
- Privatisierung voranbringen,
- Fernsehsendungen auf wenigstens fünf Stunden in der Woche erhöhen,
- Personalausweise und Reisepässe in zwei Sprachen drucken,
- Eröffnung einer albanischen Pädagogischen Hochschule.

Zusammenfassend muß ich feststellen, daß es die Problematik einer "Albanischen Frage" gibt und alles, aber auch wirklich alles getan werden muß, um es nicht zu einer Verschärfung des Konfliktes kommen zu lassen!
Hier sind nicht nur die eigentlichen betroffenen Parteien gefordert, um im friedlichen und zivilisierten Dialog Lösungen in einer absehbaren Zeit zu diskutieren, sondern hier ist auch das demokratische Westeuropa aufgefordert, politische und ökonomische Hilfestellung für die weitere Entwicklung dieses Staates zu ermöglichen.

1.4. Religionen und Ökumene

1.4.1. Die Makedonisch-orthodoxe Kirche

Traditionell werden ca. 1,1 Millionen slawische Makedonier als orthodoxe Christen betrachtet und das unabhängig von ihrer wirklichen Religiosität. Nach meiner Teilnahme an zwei Gottesdiensten möchte ich dazu sagen, daß es zur Zeit an Spiritualität in den Gemeinden fehlt, denn die Gottesdienste sind genauso gut oder mäßig besucht, wie im protestantischen Raum Deutschlands.
Die Selbstdarstellung der orthodoxen Kirche geht bis weit in das 9. Jahrhundert zurück und beginnt nach Aussagen des Metropoliten Michael eigentlich schon mit den beiden "makedonischen Gelehrten" Kyrill und Method, die mit der Schaffung des altslawischen Alphabets (Glagoliza) die Basis für die slawische Übersetzung der Bibel und der Literatur gelegt hatten. Und das behauptet er, ungeachtet der Tatsache, daß zum damaligen Zeitpunkt (9.Jahrhundert) keine makedonische Nation und kein makedonischer Staat existierte!

Die Makedonisch-orthodoxe Kirche erklärte sich im Jahre 1967 für autokephal, doch wurde dieser Schritt vom Patriarchen in Belgrad bis zum heutigen Tage nicht anerkannt. Die Kirche wird von sechs Metropoliten und einem Erzbischof geleitet. Sie hat einige Gemeinden in der Diaspora, so z.B. in Newcastle und Melbourne in Australien zu betreuen. In der Theologischen Hochschule in Skopje studieren 200 Studenten.

1.4.2. Die islamische Religionsgemeinschaft

Die albanische und türkische Bevölkerung, sowie große Teile der Roma rechnet man traditionell zur moslemischen Religionsgemeinschaft (ca. 650.000 Menschen).
Die moslemischen Gemeinden versuchen, natürlich in Übereinstimmung mit den albanischen Parteien, die Gleichberechtigung der Moslems und das heißt vor allem der Albaner durchzusetzen.
Eine wichtige Komponente für die Beurteilung dieser Problematik ist die Frage nach dem religiösen Fundamentalismus, dem insbesondere von den europäischen Intellektuellen zur Zeit eine große Aufmerksamkeit geschenkt wird.
Nach vielen Gesprächen mit gläubigen Moslems und auch dem religiösen Führer Haxhi Sulejman Rexhepi, komme ich zur Einschätzung, daß man zur Zeit von keinen fundamentalistischen Entwicklungen sprechen kann. Die 13 islamischen Zentren in Makedonien werden durch ebensoviele islamische Räte repräsentiert, die sich zu wichtigen Anlässen in der Mischiad, dem höchsten islamischen Organ im Land (Skopje), zusammenfinden.

Doch auch im religiösen Leben trifft man auf Ungleichbehandlung durch staatliche Behörden gegenüber den Moslems; so hatten staatliche Stellen in der Stadt Struga den Gläubigen einerseits verboten, ihre Moschee (mit eigenen Mitteln) zu renovieren und andererseits nicht gestattet, eine neue Moschee zu errichten.
Gespräche mit den zuständigen staatlichen Stellen über die Eröffnung einer Theologischen Hochschule werden schon seit Jahren ohne ein greifbares Ergebnis geführt.

1.4.3. Die jüdische Gemeinde

Vor dem II. Weltkrieg lebten auf dem Territorium der heutigen Republik Makedonien ca. 8.500 Juden. Sie siedelten vor allem in den Städten an (Skopje, Stip, Bitola u.a.).
Nach dem Überfall der Deutschen und Bulgarischen Armeeverbände in Jugoslawien im Frühjahr 1943 wurde der größte Teil des heutigen Makedoniens von den bulgarischen Verbänden militärisch besetzt.
Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung war kein anderes als das ihrer Glaubensbrüder in Thrakien oder in Saloniki, sie wurden alle in die Konzentrationslager (Treblinka u.a.) deportiert und getötet. Von den verschleppten Juden aus dem makedonischen Gebiet kam niemand nach Kriegsende lebend in seine Heimat zurück.

Die wenigen Juden, die der Shoah entkamen, gingen in die Aliah nach Palästina bzw. Israel. Die beiden letzten Synagogen wurden beim Erdbeben von 1963 zerstört und nicht mehr aufgebaut. Die Grundstücke wurden dem Staat verkauft.
Heute besteht die jüdische Gemeinde aus 117 eingeschriebenen Mitgliedern, die sich an Hohen Festtagen im Kulturhaus der jüdischen Gemeinde trifft. Die Gemeinde ist demographisch überaltert und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann das Leben nach mosaischen Glaubensbekenntnis ein Ende gefunden haben wird.

3. REPUBLIK RUMÄNIEN

3.1. Die innenpolitische Situation

Der gesellschaftspolitische Transformationsprozeß zu einem demokratischen Staat verläuft langsamer als es sich die Bürger des rumänischen Staates vor fünf Jahren vorgestellt hatten. Die Polarisierung in der Parteienlandschaft hat immer noch kein Ende gefunden, stetig gibt es Neugründungen. Einige kleine Parteien und Gruppierungen versuchen nach monatelangen bzw. jahrelangen erfolglosen Engagement in der Politik durch einen Zusammenschluß mit einer anderen Splitterpartei eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Nationalistische und extremistische Parteien und Verbände, wie zum Beispiel die Großrumänien-Partei, Sozialistische Partei der Arbeit oder Vatra Romaneasca versuchen die sozialen Nöte der Bevölkerung, wie auch die ethnischen Probleme im Land (propagandistisch vor allem gegen die Ungarn, Roma, Juden) zu dramatisieren und diesen nationalen Minderheiten mit Hilfe ihrer Politiker im Parlament und Senat die Schuld für die großen sozialen und ökonomischen Probleme zuzuweisen.

Auf Grund der schwierigen innenpolitischen Situation haben sehr viele rumänische Staatsbürger nur noch in einer konstitutionellen Monarchie eine Hoffnung für die weitere Entwicklung des Landes.

Die Forderung, daß der ehemalige König Michael I. aus seinem Exil in seine alte Heimat zurückkehren sollte, wird auch zunehmend von den Bürgerrechtlern aus Tagen der politischen Wende geäußert.

Bei weiteranhaltendem ökonomischen Druck und großen sozialen Entbehrungen der Bevölkerungsmehrheit kann es durchaus möglich sein, daß die Gewalt auf die Straße zurückkehrt und die sozialen Konflikte dann zu regionalen sozioökonomischen Krisen eskalieren könnten. Die Bergarbeitereinsätze in den letzten Jahren in Bukarest (zum Teil mit Zustimmung der Regierung) haben gezeigt, zu welchen Mitteln die heute herrschende politische Führung des Landes imstande ist, zu greifen.

Die Partei der Demokratischen Sozialisten (PSDR, den ehemaligen Reformkommunisten) des Präsidenten Iliescu arbeitete in den letzten Monaten eng mit den links-extremistischen Parteien "Sozialistische Partei der Arbeit und "Großrumänien-Partei" zusammen. Doch es gibt zwischen diesen unterstützenden Kräften (keine feste politische Koalition) zunehmend Konflikte und so ist Iliescu seit Beginn dieses Jahres bemüht, eine neue Mehrheit im Parlament herzustellen. Die oppositionellen Kräfte, wie die Demokratische Partei Petre Romans und die Demokratische Konvention (Zusammenschluß von 14 oppositionellen Parteien und Bürgerbewegungen) unter ihrem Vorsitzenden Emil Constantinescu reflektierten Interesse an einer Regierungsbeteiligung.

Die entscheidende Frage, ob alle Mitglieder der Demokratischen Konvention in einer Koalition mit den Sozialisten eine Möglichkeit sehen, die eignen Positionen genügend in den weiteren Umbau der Gesellschaft miteinzubringen, ist noch nicht beantwortet. Sollten sich nur die "historischen" großen Parteien (Nationale Bauernpartei, Sozialdemokratische Partei, Nationalliberale Partei) an der neu zu bildenden Regierung

3.2. Die jüdische Gemeinde

In Rumänien siedelten vor dem II.Weltkrieg ca. 750.000 Juden.
Die Regierung Marschall Antonescu (seit September 1940) arbeitete eng mit der faschistischen Bewegung "Eisernen Garde" zusammen.
Vizepremier in diesem Kabinett wurde z.B. der Befehlshaber der "Eisernen Garde", Horia Sima und Außenminister war der Gardist Graf Michael Sturdza.
Nach der Annahme einer Vielzahl von antijüdischen Gesetzen und Verordnungen und der beschleunigten "Rumänisierung" jüdischer Betriebe kam es dann in der Folge zu einigen Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung (Januar 1941 in Bukarest, Juli 1941 in Jassy u.a.).

Nach den erfolglosen Putschversuch der "Eisernen Garde" gegen den "rumänischen Führer" Antonescu (Januar 1941) wurde diese faschistische Bewegung teilweise zerschlagen, doch die politische Strategie *"das jüdische Element zu eliminieren"* (Antonescu) blieb auch weiterhin Regierungsprogramm.

Ab Juli 1941 wurden aus der Bukowina und Bessarabien Hunderttausende Juden (1941-1943) über den Dnestr hinweg in Gettos nach Transnistrien deportiert.
Auf diesen Todesmärschen starben über die Hälfte der Opfer durch Kälte, Krankheiten, Hunger und Durst.
Die Shoah kostete ca. 320.000 Juden das Leben.
General Antonescu wurde 1946 durch die neue Regierung als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet.
Der Oberrabbiner Rumäniens, Dr. Moses Rosen, beschreibt den Überlebenskampf der jüdischen Bevölkerung in Rumänien:

"Ein Jude in diesem Land zu sein war schon immer schwierig. Wir haben in diesem Jahrhundert zwei verschiedene Arten der Ausrottung des Judentums überstehen müssen. Einmal die physische Vernichtung durch die Faschisten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und dann der Versuch des kommunistischen Regimes, die jüdische Identität durch eine "geistige Ausrottung" unseres Glaubens auszulöschen. Es war ein Überlebenskampf, in dem wir letztendlich gesiegt haben. Zehntausende Menschen verschwanden in diesen Jahren und man wußte am Abend nicht, ob man am nächsten Morgen noch aufwachen würde."

Die jüdische Gemeinde umfaßt heute ca. 18.000 Mitglieder. Das heißt: 97 Prozent der überlebenden Juden sind in den letzten vier Jahrzehnten nach Israel ausgewandert (Aliah).
Die jüdische Gemeinde ist demographisch überaltert, denn 65 Prozent der Mitglieder sind älter als 60 Jahre und der Anteil der jungen Leute bis 20 Jahre beträgt etwa sieben Prozent.
In der Hauptstadt Bukarest leben ca. 90 Prozent aller Juden des Landes.

Seit 1956 wird eine 14-tägig publizierte Zeitung herausgegeben. Sie ist die einzige jüdische Zeitung in Europa, die viersprachig ist: Rumänisch, Hebräisch, Englisch und Jiddisch (Auflage: 10.000 Exemplare).

In Rumänien existieren im ganzen Land 67 Gemeinden, denen 81 Synagogen zur Verfügung stehen.

II. DIE AUFARBEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT

1. REPUBLIK BULGARIEN

1.1. Öffnung der Geheimdienstakten ?

Die Diskussion um die berüchtigte "6. Abteilung" der Politischen Polizei während der kommunistischen Diktatur und der möglichen Öffnung des Geheimdienstarchivs wird seit der politischen Wende in Bulgarien mit großer Emotionalität von allen politischen Richtungen geführt. Die junge Opposition (UDK) hatte es gleich nach dem Sturz des KP-Regimes versäumt, in dieser Hinsicht tätig zu werden (November 1989). Und das wohl auch aus guten Grund, denn in einem Gespräch sagte mir im Mai 1990 der damalige UDK-Vorsitzende Dr. Petar Beron, daß es keine Notwendigkeit gäbe, eine spezielle Arbeitsgruppe in der UDK aufzubauen; ein halbes Jahr später trat er zurück, da man ihm eine langjährige Spitzelarbeit für den bulgarischen Geheimdienst nachweisen konnte, die er nach seiner Überführung auch zugab.

Als UDK-Parlamentarier und stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens setzte sich der heutige Justizminister, Herr Petar Kornashew, damals intensiv für die schnelle Öffnung des Geheimarchivs ein, doch in der heutigen Funktion als Minister in diesem Übergangsstadien möchte er sich der Stimme enthalten. Eine Tatsache ist, daß in jedem Fall *"die Zeit für diejenigen arbeitet, die die Akten entwendet oder sogar vernichtet haben!"*

Der Innenminister, Herr Victor Michailow, sieht das Problem mit dem ehemaligen kommunistischen Geheimdienst ganz anders und nach meiner Meinung mit einem nicht so scharfen Blick auf die eigene Geschichte, die es gilt, öffentlich und für die Betroffenen, d.h. vor allem für die Opfer des kommunistischen Repressionsapperates, aufzuarbeiten (Rehabilitierungen, Opferentschädigungen), soweit man davon überhaupt sprechen kann. Der Innenminister führte u.a. aus:

"Im Jahre 1991 gab es einen parlamentarischen Ausschuß zur Überprüfung der Abgeordneten. Nach der Erstürmung der Stasizentrale 1990 in Berlin kam man auch bei uns auf den Gedanken, in das Innenministerium einzudringen. So wurde ein Beschluß getroffen, daß eine große Anzahl von Geheimdienstdossiers vernichtet wurde. Auf Grund dieser Ereignisse gibt es jetzt einen Untersuchungsausschuß. Bisher kann man dazu sagen, daß der ehemalige stellvertretende Innenminister General Sarow den Vorschlag zur Aktenvernichtung gegeben hat. Vor zwei Jahren beging er Selbstmord. Der damalige Innenminister hatte dann den Befehl gegeben. Bis zu 80% der Akten fielen dieser Vernichtungsaktion zum Opfer. Auf Grund dieser Tatsachen wird man unmöglich zur Wahrheit kommen. Ich spreche mich dafür aus, daß diese Archive geschlossen bleiben! Und bin der Meinung, daß bei einer möglichen Aktenöffnung keine Wahrheiten herauszulesen sein werden!"

Die Vernichtungsaktion war angeblich eine "private" Initiative des in den Tod gegangenen Generals.
Das ist eine Version über die Vernichtung der Dossiers, die mir als zu simpel für diese Aktivitäten erscheint, denn es dürften

sehr viele, teilweise heute noch führenden Politiker in Bulgarien ein großes Interesse daran gehabt haben, daß diese Unterlagen so schnell wie möglich verschwinden (siehe Enttarnungen von Abgeordneten der UDK und der BSP vor drei Jahren als ehemalige Spitzel). Der Minister äußerte sich weiterhin:

"Es gab auf Grund der wechselnden Regierungen in den letzten Jahren durchaus noch die Möglichkeit für die jeweils Regierenden, die Dossiers eigenständig zu erweitern oder punktuell vernichten zu lassen. Ich betrachte die Akten und Archive als Berufspolizist und es interessiert mich die emotionale Seite dieses Problems in keiner Weise! Und daß es einige Leute gab, die bei uns in der Stasi mitarbeiteten, halte ich für ganz normal, denn jeder Staat, sei er demokratisch oder totalitär, braucht seine Geheimdienstmitarbeiter, um sich gegen innere Feinde und terroristischen Aktivitäten zu schützen. Also in dieser Hinsicht finde ich daran nichts Böses!"

Und zur "6. Abteilung" (Bekämpfung "der Feinde des Sozialismus"):

"Diese Abteilung war nicht dem Innenministerium sondern dem ZK der BKP direkt unterstellt. Diese Archive wurden schon am 11. November 1989 weggeschafft, so daß sich die ehemaligen Spitzel heute sehr sicher fühlen können.
Die parlamentarische Kommission kam vor einem Jahr zum Schluß, daß alle Akten der "6. Abteilung" der Politischen Polizei zu 100% vernichtet worden sind. Die im bulgarischen Parlament entdeckten ehemaligen kleinen Spitzel waren nicht die Sünder, sondern diejenigen, deren Akten längst vernichtet wurden und denen nun nichts mehr nachzuweisen ist!"

Bemerkenswert halte ich die Aussage vom Innenminister, daß *"es eine berufliche Ethik gibt, nach der die Polizisten niemals ihre Kameraden verraten würden!"* Bei einer eventuellen Öffnung der Archive hat der Minister die Befürchtungen, daß es zu Übergriffen von Opfern auf vermeintliche Täter kommen könnte und der soziale Frieden gestört würde. Doch diese Argumentation kennen wir in Ostdeutschland aus dem Vorfeld der Diskussion in Bezug auf die mögliche Öffnung der Stasiarchive. Doch diejenigen, die von "blutiger Rache" und Selbstjustiz in der ehemaligen DDR bzw. Ostdeutschland redeten, vor allem die ehemaligen Kommunisten (PDS), sollten nicht recht behalten! Es ist nichts dergleichen geschehen! Ein Gesetz über die allgemeine Öffnung von Archiven in Bulgarien wird in der nächsten Zeit vorbereitet (im Gespräch sind 25 - 35 Jahre). Der UDK-Vorsitzende Dimitrow meint zum Aufbau des neuen Nationalen Sicherheitsdienstes:
"Es wurden nur einige Personen ausgetauscht, das Statut ist im wesentlichen dasselbe geblieben.

Wir treten für eine absolute Aufarbeitung und öffentliche Darstellung dieser Probleme in Bezug auf die möglichen Spitzeldienste der Politiker ein."

2. Ehemalige politische Gefangene und deren Rehabilitierung

Das erste Gesetz zur Rehabilitierung ehemaliger politischer Gefangener wurde Anfang 1991 durch die Große Volksversammlung verabschiedet. Der Justizminister, Herr Petar Kornaschew:

"Wenn die ehemaligen politischen Gefangenen ihre Repressionen dokumentieren können, bekommen diese Leute eine finanzielle Entschädigung."

Doch es gibt Tausende Opfer des kommunistischen Repressionsapperates, die überhaupt keine persönliche Unterlagen über ihre Haftzeiten besitzen, da sie entweder keine ausgehändigt bekamen oder diese Unterlagen in den Wirren der Nachkriegszeiten und der Zeit des Stalinismus der Anfangsjahre verloren gingen!

Am 6.10.1944 wurde das Gesetz zur Einrichtung von "Volksgerichten" verkündet, d.h. daß Menschen, die einer antikommunistischen Tätigkeit vor dem kommunistischen Putsch (09.09.1944) bezichtigt oder verdächtigt wurden sind mit mehrjährigen Freiheitsstrafen bestraft worden oder hatten das Todesurteil zu erwarten. Neben vielen wirklichen Kriminellen wurden auch Zehntausende Bürger verhaftet, verurteilt oder getötet, die absolut unschuldig gewesen waren! Ein Spezialist auf dem Gebiet der Vergangenheitsaufarbeitung
dieser Nachkriegsperiode ist der Vorsitzende des Verbandes ISTINA, Prof. Dr. Georgi Markow, der zu diesem Kapitel
bulga rischer Nachkriegsgeschichte meint :

"In Bulgarien wurden damals vom "Volksgericht" selbst schon getötete Personen zum Tode verurteilt!
Viele Mitglieder der verschiedensten bürgerlichen Parteien wurden nur auf Grund ihrer Mitgliedschaft in diesen Parteien verhaftet, gefoltert und oft zum Tode verurteilt, zum Beispiel der ehemalige Justizminister Dr. Iwan Wasow (ein Neffe des Schriftstellers Iwan Wasow, D.S.) oder der Rechtsanwalt Nikola Iwanow (Neffe des bulgarischen Nationalhelden Wassil Lewski, D.S.)."

Der erste Prozeß des "Volksgerichtes" wurde im Dezember 1944 geführt und die ersten Urteile am 01.02.1945 verkündet. An jenem Abend wurden ehemalige Minister und Staatsbeamte erschossen. Der Verband ISTINA fordert die generelle Aufhebung aller ausgesprochenen Urteile dieses "Volksgerichtes", weil "sonst zehntausende Kassationsverfahren entstehen würden".
Der Herr Justizminister zu diesem Problem:

"Das Gesetz zur Einrichtung des Volksgerichtes kann nicht hundertprozentig revidiert und somit aufgehoben werden, weil neben den vielen Tausend unschuldig Ermordeten auch viele wirkliche Mörder und Kriminelle unter den Verurteilten gewesen sind. In jedem konkreten Fall wird vom Obersten Gerichtshof entschieden, ob das damals verkündete Todesurteil aufgehoben werden kann. Der parlamentarische Ausschuß für die Rehabilitierungsangelegenheiten der ehemaligen politischen Gefangenen hat eigentlich nur die Aufgabe, festzustellen, ob die betrof-

*fenen Personen über die entsprechenden Dokumente verfügt, die beweisen, daß diese Personen repressiert wurden.
In den Fällen, wo der Oberste Gerichtshof das Urteil des Volksgerichtes annuliert, sind diese ehemaligen repressierten Personen bzw. deren Erben als Repressierte anzusehen und haben das Recht, die Entschädigungen zu erhalten."*

Einige Beispiele für Entschädigungszahlungen sollen an dieser Stelle genannt werden (das Gesetz vom Januar 1993):

- Bei einer Haftzeit bis maximal 3 Jahren: 50.000 Lewa/Person,
- generell gilt für einen erlittenen Haftmonat: 1.500 Lewa,
- für die Zwangsausgesiedelten (Pirin-Gebiet, Dobrudscha): 800 Lewa/Monat,
- für einen getöteten Menschen erhält die Familie: 60.000 Lewa.

Abfindungen bekommen auch ehemalige Studenten (8.000-10.000 Menschen), die aus politischen Gründen während der kommunistischen Diktatur exmatrikuliert worden sind. Insgesamt stehen 2,5 Millionen Lewa für diese Zahlungen zur Verfügung. Nach den Worten des Innenministers gibt es heute keine politischen Gefangenen in Bulgarien.

Anfang September 1993 wurde der ehemalige Ministerpräsident Georgi Atanassow und ein ehemaliger Staatssekretär aus der kommunistischen Ära des Landes wegen Wirtschaftsverbrechen vom Sofioter Stadtgericht zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie haben in der Zwischenzeit ihre Haftstrafen angetreten. Gegen 20 andere ehemalige KP-Funktionäre und Minister werden seit zwei Jahren Ermittlungsverfahren geführt und ein Ende ist noch nicht absehbar.

2. EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAKEDONIEN

Die makedonische Bevölkerung interessiert sich nur sekundär für die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Die vielen individuellen soziale Probleme der Menschen überlagern oft die notwendigen Diskussionen über die politische Vergangenheit. Diese Situation ist natürlich für alle alten kommunistischen Funktionäre sehr vorteilhaft, denn sie müssen sich somit zu keiner Verantwortung bekennen. Ein Beispiel dafür ist der Staatspräsident, der eine Vielzahl von hohen Funktionen innerhalb der kommunistischen Partei bzw. Des Staates in den letzten Jahrzehnten bekleidete und heute meint:

"Falls diesen Leuten (gemeint sind ehemalige KP-Funktionäre, D.S.) keine kriminellen Handlungen nachzuweisen sind, gibt es auch keinen Grund diese Leute zu verurteilen und sie zur Verantwortung zu ziehen, denn wir sind der Meinung, daß diese Leute auf Grund ihrer Überzeugung nicht verfolgt werden dürfen. Die Hauptsache ist, daß wir die Privatisierung durchführen. Wir wollen uns nicht mit politischen Prozessen beschäftigen, wo keine kriminellen Handlungen nachzuweisen sind. Wir haben beschlossen, daß wir keine politische Abrechnung mit den alten Funktionären durchführen werden!"

Diese Meinung wurde immer wieder durch viele Gespräche mit Bürgern makedonischer Herkunft bestätigt. Die albanische Bevölkerung betrachtet das Problem der Verantwortung des Einzelnen vor der Geschichte differenzierter. Sie möchte u.a. durchsetzen, daß diese Epoche des Staates kritisch reflektiert wird und die Staatsanwaltschaft gegen ehemalige Staatsfunktionäre vorgeht.

Ein weiterer Punkt ist der Versuch, die Geschichte der albanischen Bevölkerung unter dem kommunistischen Regime, aufzuarbeiten. Aus diesem Grund wurde im April 1992 der "Verband der ehemaligen politischen Häftlinge albanischer Nationalität" von einer Gruppe ehemaliger Repressierter in der Stadt Tetovo gegründet. Der Vorsitzende, Herr Xhemil Daci, organisierte mit seinen Leidensgenossen vor einem Jahr in Skopje ein Symposium zum Thema "Die Albaner in Makedonien". Doch das war die einzigste öffentliche Veranstaltung dieses Verbandes, denn das Innenministerium beschäftigt sich mit dem Antrag für die Zulassung seit dem Frühjahr letzten Jahres, doch bislang, ohne den Verband in das Vereinsregister eingetragen zu haben! Offensichtlich sind die makedonischen Stellen an einer Aufarbeitung der kommunistischen Epoche desinteressiert!

In Makedonien gab es während der kommunistischen Diktatur, nach inoffiziellen Angaben, Tausende politische Gefangene und Repressierte. Der Verband, mit ca. 1000 Mitgliedern im Land, die zum großen Teil ehemalige politische Gefangene sind, arbeiteten somit in der Illegalität. Doch seit Mai 1993 ist es mit dieser Arbeit vorbei, da bei einem Überfall von Polizei und Geheimdienst das Büro des Verbandes in Tetovo nach dem Konfiszieren aller Unterlagen, Bücher und technischen Geräte geschlossen worden ist. Den Mitgliedern wurde ausdrücklich mitgeteilt, daß sie im Wiederholungsfall, d.h. bei Fortsetzen der politischen Arbeit mit Gefängnisstrafen zu rechnen haben. Diese Aktion hat mich an den brutalen Überfall der Volkspolizei und der DDR-Staatssicherheit im November 1987 gegen die oppositionelle Umweltbibliotek in Ostberlin erinnert, die exakt genauso durchgeführt wurde, wie der oben dargestellte Fall. Es gab allerdings in der Folge einige große Unterschiede. Erstens wurde diese Polizeiaktion in der ehemaligen DDR in den europäischen Massenmedien reflektiert und zweites gab es eine Solidaritätsstreik im Land, von bisher ungekannten Ausmaß.

Der makedonische Justizminister sagte mir, daß "*die ehemaligen politischen Gefangenen vom Staatspräsidenten begnadigt und durch eine Amnestie entlassen wurden. Insgesamt gab es während der kommunistischen Zeit 29 politische Gefangene bei uns. Heute gibt es in Makedonien keine politischen Gefangenen.*"

Ich hoffe, daß die folgenden Äußerungen des Herrn Premierministers Crvenkovski nicht für die Zukunft des Landes in Bezug auf die Vergangenheitsaufarbeitung stehen und sich durchsetzen werden! Seine Ausführungen zum Thema:

"Für die allgemeine Misere in der Vergangenheit direkt verantwortliche involvierte ehemalige Funktionäre und Personen werden angezeigt. Doch es stellt sich insgesamt die Frage, wo wir unsere Kräfte im derzeitigen Transformationsprozeß einsetzen

sollten, entweder für einen gesellschaftlichen Wandel, oder ob wir die "Hexen" aus der Geschichte jagen sollten? (...)
Andere Staaten, wie z.B. Slowenien, Litauen, Tschechien haben auch keine Prozesse gegen politische Verantwortliche der untergegangenen Epoche geführt, warum sollten wir es dann tun?"

In Makedonien regieren die Ex-Kommunisten (heute: Sozialdemokraten!) in Koalition mit den albanischen Parteien. Ein Beispiel für die kontinuierliche Repräsentanz ehemaliger kommunistischer Eliten im heutigen Staats- und Verwaltungsapparat ist der Staatspräsident Kiro Gligorov, der schon während der sozialistischen Ära jahrzehntelang höchste Positionen bekleidete (Präsident der Volksversammlung Jugoslawien von 1974-1978 u.v.a.).

Nach Aussagen von vielen Intellektuellen in Skopje kann man davon ausgehen, daß in der staatlichen Verwaltung und Administration immer noch 80% der alten Kader von gestern sitzen. Doch in den Bereichen der Justiz und der Wirtschaft gab es bislang so gut wie keine Erneuerung der Führungskader. Die Propaganda für Parteien ist am Arbeitsplatz verboten, dennoch trifft es die derzeitige mächtigste Gruppe in der Regierung, die sogenannten Sozialdemokraten, am wenigsten, da sie die technischen und finanziellen Voraussetzungen haben, um alle übrigen politischen Gegner durch die Beherrschung der wichtigsten Massenmedien ihre Positionen vehement darzustellen und der Bevölkerung aufzuzwingen.

Der Innenminister, Herr Ljubomir Danailov - Frckovski (Jurist), sagte mir, daß es *"heute keine politischen Häftlinge in Makedonien gibt"*. Ausschließlich in den 50'er und 70'er Jahren gab es vereinzelt politische Häftlinge. Es waren *"vor allem Nationalisten und Liberale"*.

Nach vielen Gesprächen mit ehemaligen politischen Gefangenen komme ich allerdings zu anderen Erkenntnissen. Dazu möchte ich zwei typische Beispiele anführen.

1.) Der Pädagoge Izaim Beqiri (geb. 1947) wurde wegen der Teil nahme an einer Hochzeitsfeier 1975, auf der die albanischen Hochzeitsgäste ihre Volkslieder gesungen hatten, verhaftet. Mit weiteren sechs Freunden wurde er aus diesem Grund für einen Monat Gefängnis verurteilt. Anschließend hatte er Berufsverbot und bekam durch die Arbeitsvermittlung keine Tätigkeit im Heimatort, so daß er gezwungen war, in eine andere Stadt zu ziehen. Im Jahre 1981 wurde er wieder verhaftet, da er Mitinitiator der Gründung einer albanischen Arbeiterpartei war und wurde aus diesem Grund zu 13 Jahre Zuchthaus verurteilt. Er hatte in der Folge "Glück", denn er wurde nach neun Jahren entlassen (ein Jahr Einzelhaft). Seine Freunde bekamen 7 - 13 Jahre Zuchthaus.

2.) Der kaufmännische Angestellte Shaban Xheladini (geb. 1930) wurde mehrmals aus politischen Gründen im ehemalige Jugoslawien, auf Grund seines Eintretens für die Gleichberechtigung der albanischen Bevölkerung, inhaftiert. Im Jahre 1952 wurde er ins Gefängnis geworfen, weil er politische Diskussionen über die Probleme der Albaner

organisiert hatte. Nach sieben Monaten Untersuchungshaft wurde er von einem Militärgericht zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Herr Xheladini kam zunächst in eine Haftanstalt nach Belgrad, dann nach Bileqe und nach einigen Monaten in das verrufene und fürchterliche Zuchthaus Goli Otok.
Im Zuchthaus Bileqe waren 5.500 Gefangene. Es gab keine ärztliche Hilfe und so starben dort viele an Krankheiten und waren stetigen Provokationen der slawischen (serbischen) Gefängnisaufseher ausgesetzt, die sie zu unkontrollierten Reaktionen veranlassen wollten.
In der Hölle von Goli Otok waren von den ca. 3.000 Insassen ca. 500 Albaner. Und das nicht, weil die Albaner nun besonders kriminell gewesen wären, sondern weil der jugoslawische Staat in dieser Form die Macht demonstrieren konnte. Am Tag bekamen die Häftlinge 200 Gramm Brot.
Viele Entlassenen wurden in den darauffolgenden Jahren regelmäßig von der Geheimpolizei verhört und hatten keine Chancen, in ihre Berufe zurückzukehren.

Nach eigenen demoskopischen Untersuchungen in der Stadt Tetovo (80% Albaner) litten ca. 50 % der albanischen Bevölkerung dieser Stadt unter Repressionen während des kommunistischen Regimes.

Nach Worten des Innenministers, Herrn Danailov-Frckovski existiert kein Rehabilitierungsgesetz in Makedonien und wird auch in der Zukunft nicht als notwendig erachtet.
Entschädigungszahlungen gab es nur in vereinzelten Fällen, indem einmalige Zahlungen an den Bürger geleistet wurden.
Heute kann, nach den Worten von Herrn Danailov-Frckovski, jeder ehemalige Repressierte in seinen Beruf zurückkehren. Zahlenangaben für die Gesamtheit der Betroffenen bzw. der Unterscheidung des Ethnikums konnte (oder wollte) er nicht machen.

Zum Umgang mit den ehemaligen KP-Funktionären, die für die Ereignisse in der kommunistischen Periode Makedoniens die politische Verantwortung trugen:

"Bei uns gab es kein soziales Trauma, wie in anderen ehemaligen sozialistischen Staaten, wie zum Beispiel in Bulgarien, und deshalb gab es keinen politischen Prozeß gegenüber dem ehemaligen Träger des Systems. Soweit ich weiß, gibt es Prozesse der Demystifizierung von einigen ehemaligen KP-Führern."

Und zur Problematik des Geheimdienstes führte er aus:

"In der Zeit der jugoslawischen Periode hat sich der Apparat der Politischen Polizei selbst schrittweise umgestaltet, so daß er immer flexibel war und eine eigene Umgestaltungsdynamik hatte, ganz im Gegensatz zu Bulgarien oder Albanien, wo die Sicherheitsorgane in den gleichen Strukturen geblieben sind."

Dem ist nach Worten von Mitgliedern der politischen Opposition in Makedonien allerdings wenig Glauben zu schenken.
Und zum Umgang mit den Geheimdienstakten:

"Die Polizeiarchive wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es gibt eine Parlamentskomission, die sich mit der Auf

arbeitung beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, daß diese Akten nicht diese Qualität und den Umfang haben, wie sie die Stasi oder die rumänische Securitate führten. Der größte Teil der Akten wurde von entsprechenden Spezialisten bearbeitet und es gibt auch Ergebnisse."

Doch die entscheidende Frage, welche Ergebnisse es bislang gab, konnte er (oder wollte er) mir nicht sagen. Journalisten sollen angeblich freien Zugang zu den Akten haben und können Themen bearbeiten. Inwieweit der Datenschutz bei diesen Recherchen gewährleistet ist, blieb im Gespräch ungeklärt.
Die Kommissionsmitglieder sind angeblich unabhängige Experten und Historiker.
Der Innenminister: *" Nach der Bearbeitung der Akten werden diese den entsprechenden historischen Instituten und Archiven übergeben. Die Kommissionsmitglieder entscheiden auch darüber, welche Dossiers vernichtet werden können."*

Nach den Erfahrungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit den ehemaligen Stasi-Akten gemacht hat, ist das meiner Meinung nach sehr bedenklich!

3. REPUBLIK RUMÄNIEN

In welchen Maße die heutigen Parlamentarier sich als Demokraten verstehen, zeigt ein Beispiel aus der jüngsten Zeit. Senator Ticu Dumitrescu sprach unter anderen vom Abstimmungsverhalten der Parlamentarier während des Putschversuches in Rußland:

"Die meisten Abgeordneten im Parlament hatten sich während der Krise in Rußland gegen Jelzin ausgesprochen, indem sie keine Erklärung zur Unterstützung des russischen Präsidenten verabschiedeten. Ich schäme mich persönlich für diese Situation, denn in einem Moment, wo die demokratische Bewegung in Rußland Hilfe und Solidarität benötigte, verweigerte unser Parlament diese!" (...)
Wahrscheinlich sind 10-15% der Parlamentarier ehemalige Mitarbeiter des ehemaligen Geheimdienstes Securiate gewesen. (...)
Seitdem ich Senator bin, sind die Repressionen des Geheimdienstes gegen mich beendet worden."

Die Geheimdienstoperationen in der Vergangenheit kann man heute nicht mehr nachweisen, da die Parlamentarier vorsorglich im Jahre 1991 ein Gesetz verabschiedet haben, daß die Festlegung enthält, daß die Archive 40 Jahre geschlossen bleiben.
Herr Dumitrescu führte weiter aus:

"Heute gibt es noch überall ehemalige hochrangige kommunistische Funktionäre und Securitisten (ehemalige Geheimdienstmitarbeiter, D.S.) *in Wirtschaft und Verwaltung. Die heute zu Sozialisten gewandelten Kommunisten sagen, daß es nur 8.000 politische Gefangene in der kommunistischen Epoche unseres*

Landes gab, doch in Wirklichkeit befanden sich in einem Gefängnis bis zu 10.000 Menschen!"

Der Verband MEMORIA wird vor allem durch den Arzt, Herrn Banu Radulescu, präsentiert. Im Mittelpunkt steht die Aufarbeitung des stalinistischen und kommunistischen Terrors in Rumänien. Dazu wurde, seit der Gründung im Januar 1990, eine Bibliothek, Videothek und ein Archiv mit ehrenamtlichen Mitarbeitern aufgebaut.
In diesem Verband gibt es viele Mitglieder aus der Bürgerrechtsbewegung, wie zum Beispiel Ana Blandiana, Mircea Dinescu und der ehemalige Rektor der Bukarester Universität, Emil Constantinescu (Präsidentschaftskandidat 1992 der Demokratischen Konvention). MEMORIA ist die einzigste Institution im Lande, die mit bescheidenen finanziellen und materiellen Mitteln versucht, die Geschichte nach dem II. Weltkrieg kontinuierlich zu erforschen und verschiedene öffentliche Veranstaltungen zum Thema organisiert, sowie die Zeitschrift MEMORIA herausgibt.

III. DIE AUSSENPOLITISCHEN BEZIEHUNGEN

1. REPUBLIK BULGARIEN

Die Westintegration der Republik Bulgarien ist ein Ziel, in dem sich die Regierung und die Opposition einig sind. Doch in der Frage der Realisierung bestehen taktische, wie methodische Differenzierungen. Die Regierungspolitik erläuterte mir der stellvertretende Außenminister Todor Tschurow:

"Es geht mit dem Blick auf den Balkan zunächst einmal um unsere nationale Sicherheit, denn wir müssen immer noch damit rechnen, daß sich der Konflikt im Nachbarstaat weiter ausbreiten könnte. Und das heißt für uns, daß wir zu allen Nachbarstaaten gute Kontakte pflegen, selbst die Makedonien-Frage konnte die traditionellen guten Beziehungen zu Griechenland nicht in Frage stellen. (...)
Wir kennen den Staat Makedonien an, denn das ist das Subjekt, welches international anerkannt wird. Und was die Nation betrifft, so muß ich sagen, daß sie kein Subjekt des Völkerrechts ist und eigentlich nicht zu dieser Fragestellung gehört!"

Die folgenden Ausführungen sind interessant, da hier dargestellt wird, welchen Stellenwert die Makedonien-Frage für die bulgarische Außenpolitik hat und welche Hoffnungen seitens der Bulgaren bestehen:

"Die Beziehungen zwischen uns und Makedonien sind in so einer ähnlichen Situation, wie zu jener Zeit, in der die BRD die DDR als selbständiger Staat anerkannt hatte, nicht jedoch eine DDR-Nation. (...)
Die strittige Frage zur Herausbildung der Nation haben wir vorerst ausgeklammert und wir werden sehen, wie es weitergehen wird."

Es gibt Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit u.a. mit Rußland, Frankreich und demnächst auch mit Ungarn. Doch *"es wird keine bilateralen Verteidigungsabkommen mit einem Balkanland geben, um die Bildung von Achsen zu vermeiden."*
Eine schnelle NATO-Mitgliedschaft strebt Bulgarien, wie die anderen ehemaligen kommunistischen Staaten an und sieht über ein NATO-Assoziierungsabkommen eine wirksame Möglichkeit, den Integrationsprozeß des Landes in Europa zu fördern. Herr Tschurow: *"Bei einer weiteren Ausdehnung der NATO erwarten wir, daß Bulgarien genauso gleichberechtigt wie die mittelosteuropäischen Staaten behandelt wird."*.

Die Erwartungen an Deutschland sind in jeglicher Hinsicht sehr groß und man hofft in Sofia auf eine weitere stabile Entwicklung der politischen und ökonomischen Kooperation und einer großzügigeren Unterstützung beim Wiederaufbau der Industrie und Landwirtschaft im Land. Die außenpolitischen Beziehungen zur Türkei sind nach der politischen Wende besser geworden.
Hier gibt es nach Aussagen von Herrn Tschurow *"noch bislang ungenutzte Möglichkeiten, die regionalen Beziehungen auszubauen"*.

Die Kontakte zum nördlichen Nachbar Rumänien werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ökologische Probleme beider Staaten an der Donau sollen gemeinsam gelöst werden.
Das betrifft vor allem die chemische Fabrik auf der rumänischen Seite des Flusses (Giurgiu) und das KKW Belene in Bulgarien.

Ein anderes Problem, nicht nur für Bulgarien, sind für die südosteuropäischen Staaten die wirtschaftlichen Verluste dieser Länder auf Grund des internationalen Embargos gegen Serbien. Und leider hat sich noch niemand in Westeuropa an verantwortlicher Stelle über eine reale Kompensation für die Staaten der Region Gedanken gemacht oder partiell in die Praxis umgesetzt. Hier besteht also ein schneller Handlungsbedarf von westeuropäischen Staaten an die in ohnehin großen ökonomischen Schwierigkeiten befindlichen Staaten Südosteuropas! Die direkten Verluste für Bulgarien werden mit ca. 2 Milliarden US-Dollar beziffert.

2. EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAKEDONIEN

2.1. Die internationale Anerkennung

Makedonien ist der einzige ehemalige jugoslawische Bundesstaat, der sich ohne militärische Konflikte aus diesem lösen konnte. Das war eine historisch einmalige Situation, die auf eine Vielzahl von Bedingungen beruhte, die an dieser Stalle aber nicht darzustellen sind.
Die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien ringt seit ihrer Aufnahme unter diesem Namen in der UNO (April 1993) mit der internationalen Anerkennung und bemüht sich um eine gute Reputation im Ausland. Doch diese erscheint getrübt, wenn man die innenpolitischen Verhältnisse kennengelernt hat.

Der stellvertretende Außenminister, Herr Risto Nikovski kommentierte die Aufnahme seines Landes in die UNO wie folgt:

"(...) Nun sind Griechenland und Makedonien in der UNO und damit ist eine neue Qualität in den internationalen Beziehungen erreicht worden. Die wichtigsten politischen Gespräche werden nun mit Griechenland geführt werden, um den Prozeß der Annäherung weiter fortzusetzen. (...)
Die Anerkennung Makedoniens ist ein schwerer Schlag für die nationalistischen Kreise in Serbien!
Doch die Gefahr für uns, die vom Norden kommen könnte ist real und es besteht die Möglichkeit, daß Serbien neue Sanktionen gegen uns verhängt."

Zu den Beziehungen zum nördlichen Nachbarn Serbien führte der Präsident Gligorov aus, daß *" (...) dort noch Krieg herrscht, doch wir denken, daß wir nach der Beendigung des Krieges bereit sind, um mit Serbien politische Gespräche zu führen, natürlich gemäß den demokratischen Veränderungen innerhalb des Systems."*

Die Beziehungen zum Nachbarstaat Bulgarien sind bisher am besten entwickelt (verglichen mit den anderen südosteuropäischen Staaten) und so Herr Gligorov aus:

"Bulgarien hat uns als erster Staat anerkannt, doch es gibt dort heute noch Leute, die sagen: 'Wir Bulgaren haben nur die Staatlichkeit anerkannt, aber nicht die Nation.'
Sollten die Bulgaren die Realität der zwei Nationen einsehen, hätten wir noch bessere bilaterale Beziehungen. Doch wir sind sicher, daß die Mißverständnisse, die aus der Vergangenheit resultieren, geklärt werden."

Gute außenpolitische Beziehungen gibt es auch mit Rußland.
Die militärpolitischen Beziehungen zu Bulgarien und Rußland sollen in den nächsten Monaten weiter ausgebaut werden und die Zusammenarbeit in der Wehrtechnik und der Ausbildung intensivieren.
Der Verteidigungsminister Herr Vlado Popovski schließt den Abschluß eines gemeinsames Verteidigungsbündnis mit einem Balkanland aus, da *"das die Gefahr einer eigenen Isolierung gegenüber anderen Balkanstaaten bedeuten würde."*
Im Verteidigungsfall würde sich der Minister an die UNO und die NATO wenden und um militärischen Schutz bitten.
Voraussetzung für die Stationierung von NATO-Truppen wäre natürlich ein UN-Auftrag.
Makedonien möchte, übrigens genauso wie die anderen südosteuropäischen postkommunistischen Staaten, eine schnelle Einbindung in die NATO-Strukturen.
Diesen Weg des schnellstmöglichen NATO-Anschlusses in die öffentliche Diskussion zu bringen, ist die Aufgabe des vor kurzen gegründeten "Atlantischen Klubs". Ähnliche Vereinigungen existieren auch schon seit längeren in Bulgarien (1991) und in Rumänien (1992).

Herr Popovski schätzt Griechenland als einen Staat ein "*von dem keine Gefahr für Makedonien ausgehen kann, da dieses Land Mitglied der EG, NATO, UNO und anderen internationalen Institutionen ist.*
"
Im Falle eines Krieges "*würden alle vier Nachbarstaaten auf unser Territorium vorrücken und es dann unter sich aufteilen, das wäre dann das Ende unserer Republik Makedonien. (...)*
Im Verteidigungsfall könnten wir uns eine gewisse Zeit verteidigen, doch eine Invasion könnten wir nicht verhindern In dieser Situation würden wir auch Waffen aus dem Ausland importieren."

Makedonien hat eine Armee mit ca. 14.000 Soldaten, die im Verteidigungsfall auf 140.000 Mann erhöht werden kann. Diese Armeeverbände verfügen zur Zeit über keine Panzer, Flugzeuge und Seestreitkräfte, da die serbisch dominierte Jugoslawische Volksarmee bei ihrem Abzug sämtliches schweres Kriegsmaterial aus Makedonien abtransportiert hatte.
In den Waffenproduktionsstätten des Landes werden Infanteriewaffen und leichte Artilleriewaffen produziert.
Nach meiner Einschätzung ist die Motivation der Bürger, ihren eigenen unabhängigen Staat vor Aggressionen von außen zu schützen, seitens der slawischen Bevölkerung relativ groß. Bei der albanischen Bevölkerung ist es sehr schwierig eine definitive Aussage zu machen, da die ethnischen Spannungen zwischen beiden Volksgruppen zur Zeit eine außerordentliche Belastung darstellen.

Die Volkswirtschaft Makedoniens hat durch das internationale Embargo gegen Serbien (seit Mai 1992) große finanzielle Verluste, denn die Infrastruktur des Landes war ausschließlich auf den gesamtjugoslawischen Markt zugeschnitten (ca. 80% aller Transporte für Makedonien gingen über serbisches Territorium).
Hilfszusagen seitens Westeuropa (EG, Osteuropabank etc.) wurden bisher nur zum Teil erfüllt. Kompensationsforderungen in Milliardenhöhe werden natürlich auch von allen anderen Ländern Südosteuropas an Westeuropa vorgetragen, doch kein Staat hatte bisher Erfolg. Es ist meiner Meinung nach von Seiten der reichen westeuropäischen Gemeinschaften (EU u.a.) dringend notwendig, an dieser Stelle mit finanziellen und materiellen Kompensationen, vor allem für die im Aufbau befindlichen jungen Demokratien der Region zu unterstützen. Nicht nur der soziale Frieden muß dort weiter stabilisiert werden, sondern es muß auch gewährleistet sein, daß die heutigen Regierungen, die die Sanktionen heute mittragen, diese Politik in einem möglichen Wiederholungsfall gegenüber einen südosteuropäischen Staat, nochmals zustimmen werden.
Auf Grund des Namenstreits mit Griechenland hatte dieser Staat zeitweise eine Blockade gegenüber der Republik Makedonien verhängt und damit die Region sicherheitspolitisch immer wieder destabilisiert. Auch die jüngste griechische Handelsblockade (seit Januar 1994) wird letztendlich nur Griechenland selbst immer mehr in der Europapolitik isolieren,, da die Nachbarländer Albanien und Bulgarien tatkräftige Hilfe für Makedonien in

Aussicht gestellt haben (Zugang zu den Hafenstädten Durres und Burgas u.v.a.).

Der Wirtschaftsminister, Herr Petrus Stefanov, bekräftigte mehrmals den Wunsch nach einer schnellen Mitgliedschaft in der EG und GATT im Gespräch.

Da die ökonomische Situation in allen südosteuropäischen Staaten sehr schwierig ist und eine Mitgliedschaft in den oben genannten Organisationen in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, versuchen die makedonischen Manager andere Märkte für ihre Produkte zu gewinnen. Herr Stefanov meint:

"Unsere Aufmerksamkeit in handelspolitischer Hinsicht gilt vor allem Europa, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und dem Nahen Osten. Wir erwarten deutsche Unterstützung bei unseren Bemühungen, Kredite z.B. bei der Bank für Wiederaufbau, IWF und der Weltbank aufzunehmen. Außerdem habe ich die Hoffnung, daß sich noch mehr Joint-ventures zwischen Makedonien und Deutschland entwickeln werden."

Der Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Makedonien und Bulgarien bzw. Makedonien und Albanien (Fernverkehrsstraße, Eisenbahnlinie) sind die nächsten großen gemeinsamen Unternehmungen in der Region.

Die Industrieproduktion ging seit 1991 um ca. 40% zurück, d.h., daß bei anhaltenden Embargo gegen Serbien die Verluste für die makedonische Volkswirtschaft in den nächsten Jahren nicht mehr kalkulierbar und kontrollierbar wären und der Aufbau nach dem Ende dieser Maßnahmen für Westeuropa proportional größer wird, wenn heute keine westeuropäische Unterstützung erfolgt.
Das gilt selbstverständlich auch für die anderen Staaten in der Region. Es bleibt also zu hoffen, daß der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ein schnelles Ende findet und mit einem friedlichen Wiederaufbau begonnen werden kann.

2.2. Die UNPROFOR-Truppen in Makedonien

Die seit Januar 1993 stationierten UN-Soldaten, vorwiegend aus den skandinavischen Ländern (720 Mann), bekamen im Juli 1993 eine Verstärkung aus Berlin. Ein U.S.-Infanterieregiment (318 Mann) wurde von Berlin nach Skopje verlegt, um dort unter UN-Befehl die Grenzen des Landes zu überwachen. An der serbischen Grenze existieren heute 21 Beobachtungspunkte der UN-Truppen, die rund um die Uhr Patrouillendienste durchführen.
Der durchlässigste Grenzabschnitt für die Bürger ist die makedonisch-bulgarische Grenze.

Der UNPROFOR-Presseoffizier, Herr Alan Roberts, beschrieb die allgemeine Situation an allen Grenzen als ruhig. Illegale Übertretungen von jungen Albanern aus Kosovo, die sich dem Wehrdienst in der serbischen Armee entziehen wollen, sind keine tägliche Erscheinung. Die Präsenz der UNPROFOR-Truppen sind aber auf Grund ihres militärischen Potentials kein ernsthaftes Hindernis bei einer eventuellen Aggression von außen.

Präsident Kiro Gligorov sagt zur Stationierung der UNPROFOR-Truppen:

"Diese Truppen sind ein Element größter Sicherheit für Makedonien und wurden präventiv auf Wunsch Makedoniens stationiert. Der Krieg im Norden dauert noch an und das Kosovo-Problem ist offen. Wir fühlen uns dadurch gefährdet. Der Konflikt aus dem Norden könnte sich auch bei uns ausbreiten, deshalb sind die UN-Truppen für uns sehr wichtig.(...)
Wir möchten auch gern im NATO-Kooperationsrat aufgenommen werden, in dem schon andere osteuropäische Staaten mitarbeiten."

Herr Roberts schätzt die derzeitige politische Lage in Makedonien *als* sehr kompliziert ein, da hier *"viele Menschen frustriert über ihre sozialen Probleme sind und das Land keine entwickelte Infrastruktur hat. (...)*
Die Bevölkerung akzeptiert unsere Anwesenheit und hat Vertrauen in der friedensbewahrenden Funktion der UNPROFOR.
Die Zusammenarbeit mit hiesigen staatlichen Stellen funktioniert gut."

Die Anwesenheit der UN-Truppen hat vor allem eine psychologische Funktion, denn militärisch haben sie keine Bedeutung.
Der Verteidigungsminister sieht derzeit *"keinen Bedarf an weiteren UN-Truppen"*.

2.3. Die Kosovo-Krise

In der von 1,7 Millionen Albanern (ca. 90% der Gesamtbevölkerung) selbsternannten Republik Kosovo (Anerkennung nur von Albanien, 1992) eskaliert die Gewalt der serbischen Polizei und der serbisch dominierten Okkupationsarmee (ca. 50.000 - 60.000 Soldaten und Polizisten) weiter. Der Präsident der islamischen Religionsgemeinschaft in Makedonien, Haji Suleyman Rejepi, verweist auf die Zunahme von serbischen Aggressionen gegen die albanische Bevölkerung. Bei einem eventuellen Widerstand der Bevölkerung *"gäbe es ein ethnisches Genozid an der albanischen Bevölkerung, da diese nicht bewaffnet ist. Außerdem würde sich dieser Konflikt zu einem Balkankrieg entwickeln."*
Er verwies auch immer wieder darauf, daß das internationale Embargo gegen Serbien strikt durchgesetzt werden muß. Makedonien verlangt von den Kosovo-Albanern Reisepässe, die sie aber in Kosovo nicht ausgehändigt bekommen; so ist die Kommunikation zwischen den Familien, die auf beiden Seiten der neuen Grenzen wohnen, gestört. Um die Lage im Kosovo zu verändern, schlägt er *"ein totales Embargo gegen Serbien vor, um durch eine innere Krise in Serbien die derzeitige Regierung zu stürzen"*.
Die außenpolitische Situation stellt sich für den jungen Premierminister Branko Crvenkowski so dar:

"Es besteht das Risiko, daß in Kosovo ein neuer Krieg ausbrechen könnte. Doch dann wird es sehr schwer sein, diese Konflikte territorial abzugrenzen. Sollten sich diese Geschehnisse

dann auch auf Makedonien ausdehnen, gäbe es den nächsten Bal kankrieg, denn die Nachbarstaaten hätten ein großes Interesse an unserem Land."

Nur durch die Besonnenheit des albanischen Volkes und vor allem ihrer politischen Vertreter sind die serbischen Provokationen noch nicht in einem blutigen Aufstand gegen die Okkupanten eskaliert. Ob diese Situation jedoch in der Folge weiter in dieser Form von der albanischen Bevölkerung so geduldet und ertragen wird, bleibt abzuwarten.
Sollten die politische Gespräche zwischen Albaner und Serben in der nächsten Zeit zu keinem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis führen, könnte es bei anhaltenden serbischen Repressionen vielleicht zu einem albanischen Befreiungsschlag in den nächsten fünf Jahren kommen.
Bei einer möglichen Eskalation des Konfliktes würde es zum Ausbruch des 3.Balkankrieges in unserem Jahrhundert führen, der im Vergleich zum Krieg in Bosnien-Herzegowina ungleich blutiger wäre und in dem fast alle südosteuropäischen Staaten involviert wären.
Nach Einschätzung des stellvertretenden Außenministers Herrn Risto Nikovski *"bleibt der Kosovo ein langjähriger Konfliktherd, doch in Zukunft könnten die Probleme in diesem Gebiet besser kontrolliert und beobachtet werden, wenn unter anderem die Anzahl der internationalen Beobachter erhöht wird".*

Und der Herr Verteidigungsminister erklärte: *"Kosovo ist eine große Gefahr für Makedonien! Kosovo ist eine Flamme, die den gesamten Balkan in Brand stecken könnte".*

Die Situation im Kosovo wird uns in Westeuropa also auch weiterhin beschäftigen und hoffentlich zu einem gemeinsamen Vorgehen der EG-Staaten bzw. der UNO veranlassen.
Eine präventive Stationierung von 1.500-2.000 UN-Soldaten im Kosovo wäre ein erster Schritt, um den Frieden zu sichern und den serbischen Aggressionshandlungen in diesem Gebiet Einhalt zu gebieten.

3. REPUBLIK RUMÄNIEN

Die rumänische Außenpolitik nach der politischen Wende von 1989, vor allem durch die postkommunistische Sozialdemokratische Partei getragen, ist ambivalent. Die damalige "Front der Nationalen Rettung" versuchte sich zunächst an der russischen Politik zu orientieren, da die rumänische Regierung Westeuropa auf Grund ihrer politischen Unterstützung der ungarischen Interessen (evtl. ungarischer Anspruch auf Siebenbürgen) nicht genügend vertraute.
In den vergangenen zwei Jahren vollzog sich hier aber ein Umdenken der rumänischen Position. der wohl vor allem aus der unwägbaren Situation in den GUS-Staaten und speziell Rußlands für Rumänien ergab.
Verteidigungsminister Spiroiu ist bestrebt, für sein Land eine schnelle Integration in der WEU und in der NATO zu erreichen.

Die ersten Ergebnisse sind u.a. eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Rumänien im vorigen Jahr über die Zusammenarbeit der Verteidigungsministerien. Es sollen jährlich konkrete Programme des Erfahrungsaustauschs festgelegt werden, u.a. sollen rumänische Offiziere in Deutschland ausgebildet werden.
Die rumänische Verteidigungspolitik sieht in weiteren Reformmaßnahmen nach westeuropäischen Vorbild die Schaffung eines Zivildienstes und eine allgemeine Wehrpflicht von 12 Monaten vor.
Außerdem werden die gesetzlichen Vorbereitungen für einen Aufstieg von Zivilisten in die politische Leitung der Armee zur Zeit vorbereitet.
Durch die NATO-Angebote für die ost- und südosteuropäischen Staaten mit Hilfe der Verträge "Partnerschaft für Frieden" ist es Rumänien möglich, eine weitere Qualität der Westintegration zu erreichen.
Es bleibt allerdings abzuwarten, in welcher Form sich die nationalistisch- extremistischen Parteien (z.B. Großrumänien-Partei, Partei der Rumänischen Nationalen Einheit) sich dazu verhalten werden und welchen politische Einfluß sie auf die weitere Außenpolitik erlangen können.

Die grundsätzliche Frage der möglichst schnellen Integration in allen westeuropäischen Organisationen (EU, WEU, NATO usw.) ist im letzten Jahr eindeutig von der rumänischen Regierung beantwortet worden. Und die Aufnahme Rumäniens in den Europarat vor einigen Monaten, verpflichtet den südosteuropäischen Staat, auch die Rechte der Minderheiten (u.a. Ungarn, Roma, Deutsche) mit Hilfe entsprechender Gesetze festzuschreiben und sie in ihrer eigenen Entwicklung zu unterstützen. Die Vorteile dieser Westintegrationen im konkreten Fall wären dann bei Nichtbeachtung der zugesicherten Rechte für die Minderheiten, internationale Sanktionen.

Die außenpolitischen Beziehungen zu der ehemalige sowjetischen Republik Moldowa wurden seit dem Zerfall der Sowjetunion intensiviert. Im Juni 1990 wurde die Republik Moldowa (ca. 65 % Rumänen) ausgerufen und nach dem Putschversuch in Moskau 1991 verabschiedete das moldowische Parlament einstimmig die Unabhängigkeitserklärung.
Doch der Enthusiasmus einer schnellen Vereinigungspolitik, der von allen politischen Parteien und Bürgerbewegungen in Rumänien mitgetragen wurde, hat sich in den letzten Monaten gelegt.

Die ethnischen Probleme in der Republik Moldowa (u.a. die illegale 'Transnistrische Moldau-Republik' mit vornehmlich russischer Bevölkerung und die Gagausen-Problematik) und die durch den moldowischen Präsident Snegur seit den letzten Monaten verstärkte politische Annäherung an Rußland lassen auf absehbarer Zeit eine Vereinigung unmöglich erscheinen.

Die Regierung in Bukarest versucht die Annäherung der beiden rumänischen Staaten durch die Erweiterung des Handels sowie ökonomischer und finanzieller Hilfe für das Nachbarland, weiter zu forcieren.

VI. SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Informationsreise durch diese drei Staaten Südosteuropas hat wieder einmal gezeigt, welche differenzierten politischen Wertungen nur an Hand eines Beispiels, wie zum Beispiel Makedonien, existieren. Die Regierungen in diesem Teil Europas, die versuchen, nur auf Kosten der anderen Staaten Südosteuropas politische Aktivitäten zu entwickeln, werden in Kürze feststellen, daß diese Politik zum Scheitern verurteilt ist, denn nur eine enge Kooperation der verschiedenen Balkanstaaten wird den Frieden in dieser Region erhalten und die Möglichkeit für die postkommunistischen Ländern die gewünschte Integration nach Westeuropa zu forcieren.

Die Erwartungshaltung dieser Staaten gegenüber Westeuropa, haben sich nur zum Teil erfüllt und dennoch ist der Gedanke einer regionalen Entwicklung in Südosten Europas noch nicht ausgiebig diskutiert worden (Wirtschaft, Militär usw.).

Ebenso könnten durchaus weitere Treffen der Außenminister (ein-zwei Mal im Jahr) eine Möglichkeit bieten, verschiedene Auseinandersetzungen schon im Vorfeld durch den demokratisch geführten Dialog zu meiden. Ein Runder Tisch für die Umweltprobleme der Donau oder der Verschmutzung des Schwarzen Meeres mit Regierungsvertretern und Spezialisten der entsprechenden Umweltverbände wäre auch eine Möglichkeit, die Hilfsbereitschaft der Menschen auf dem Balkan im internationalen Zusammenhang, wiederzubeleben.

Die finanzielle und materielle Unterstützung für eine Hilfe zur Selbsthilfe sollte von den westeuropäischen Staaten in den nächsten Monaten verstärkt werden, denn ein Flüchtlingsstrom, zum Beispiel auf Grund der Umweltverschmutzung oder durch einen neuen militärischen Konflikt nach Westeuropa, hätte katastrophale Folgen für die innere Sicherheit der reichen Staaten im Norden und würde letztendlich die Balkanregion destabilisieren!

Die wirtschaftspolitischen Beschlüsse der Europäischen Union vom Juni 1993 den Westeuropäischen Binnenmarkt für Produkte aus ost- und südosteuropäischen Staaten zu öffnen und die Errichtung eines Europäischen Investitionsfonds mit einem Kapital von 2 Milliarden ECU (Dezember 1993) für den Ausbau der Infrastruktur sind die richtigen Wege, den Aufbau demokratischer Strukturen, zu unterstützen.

Ausschließlich finanzielle Transfers aus Westeuropa in diese Staaten würden die ökonomischen Probleme nicht lösen.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten hier die einmalige Chance sehen, durch die Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen Staaten auf wirtschaftspolitischer Ebene, der gemeinsame Verantwortung für Europa, gerecht zu werden. Die Integration der Volkswirtschaften der postkommunistischen Länder in die Weltwirtschaft wird nicht nur das Vertrauen und die Hoffnung der Bürger in diesen Staaten für den Transformationsprozeß fördern, sondern auch den Frieden in der Region festigen.

VII. VERANSTALTUNGEN IN DEN GESPRÄCHSREIHEN "OSTEUROPA-HEUTE" UND "SÜDOSTEUROPA-AKTUELL" 1993 IM HAUS DER DEMOKRATIE, BERLIN-MITTE

1. EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAKEDONIEN

DETLEF W. STEIN (NEUES FORUM)
: - Pulverfaß Makedonien. Ein Situationsbericht zur sozialen und politischen Lage
- Makedonien. Eine multikulturelle Gesellschaft am Scheideweg ?
- Makedonien. Ein multiethnischer Staat mit Zukunft ?

2. REPUBLIK RUMÄNIEN

BANU RADULESCU (Chefredakteur der Zeitschrift "Memoria", Bukarest)
: Zur Aufarbeitung des Stalinismus in Rumänien

ERICH BROCKHAUS
: Die gegenwärtige Situation der rumänischen Landwirtschaft - Möglichkeiten und Grenzen von Selbsthilfeprojekten, zum Beispiel des rumänisch-deutschen Projektes in Turea (Rumänien)

CHRISTOF KAISER (NEUES FORUM)
: - Wird Rumänien ein "einheitlicher Nationalstaat" ? - Strategien der rumänischen Bevölkerungspolitik
- Bleibt Rumänien ein Auswanderungs land ? Tendenzen der Emigration und der Binnenmigration.
- Strategien der Wirtschaftspolitik in Rumänien - Auswege aus der Krise

REINHARD BÜCHNER (Stiftung Media e.V., MEDIA ROMANIA)
: MEDIA ROMANIA - ein Projekt der Hilfe zur Selbsthilfe in Rumänien

Dr. STEFAN BREHME (Naturschutzbund Deutschland e.V.)
: Die ökologische Bedrohung des rumänischen Donaudeltas

STEFAN COOPER (amnesty international, Berlin)
: Rumänien - ein sicheres Herkunftsland?

WILLIAM TOTOK (Publizist)
: - Die stalinistische Epoche in Rumänien - erste Versuche einer Vergangenheitsbewältigung
- Rehabilitierungsversuche des ehemaligen Hitlerverbündeten Antonescu - Revision des Geschichtsbildes in Rumänien

DIETMAR MÜLLER (NEUES FORUM) : Die Spätaussiedlung von Siebenbürger Sachsen aus Rumänien als "ethnische Säuberung" im gegenseitigen Einverständnis - oder: Wie real ist ein "Weltsachsentum"?

3. OST- und SÜDOSTEUROPA

ZLATOMIR POPOVIC (Soziologe, Berlin) :
- Der serbisch-kroatisch-bosnische Konflikt - Ursachen und Konsequenzen für Osteuropa
- Serbien und Montenegro - Quo vadis?
- Aspekte zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung

DR. PETER SCHUBERT (Philologe) : Albanische Reformpolitik 1993

PETER BORN (NEUES FORUM) :
- Die Unabhängigkeit Moldowas und der Konflikt um die Dnestr-Republik
- Das "Phänomen Shirinovski". Porträt eines möglichen zukünftigen Präsidenten Rußlands

RICHARD WAGNER (Schriftsteller) : Die Vergangenheit als Zukunft? - Zur politischen Entwicklung in den postkommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas.

TASSOS TELLOGLOU (Journalist, Athen) : - Griechenland: Nach dem Auseinanderfallen Jugoslawiens - Die Balkanpolitik der neuen griechischen Regierung

PROF.DR.JENS REICH (Molekularbiologe, Publizist) : Die Rolle der Intelligenz im Transformationsprozeß in Osteuropa

FRANTISEK CERNY (Gesandter der Tschechischen Republik) : Die aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklung der Tschechischen Republik

WLADIMIR M. KOWALENKO (Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Förderation, Berlin) : Reformpolitik in Rußland 1993 : Probleme, Analysen und Hoffnungen

ANETTE LEO (Publizistin) : Die Shoah in der offiziellen Erinnerung der Staaten Osteuropas

JENS-EBERHARD JAHN : Minderheiten und Regionalismus in Kroatien

JOHANNES HERETSCH (AG Albanien, Halle) : Albanien - der vergessene Teil Europas?,

GYULA KURUCZ (Direktor v. HAUS UNGARN, Berlin), : Ungarn zwischen Ost und West

BIBLIOGRAPHIE

1. REPUBLIK BULGARIEN

- BISCHOF, Henrik : - Am Vorabend der ersten freien Wahlen in Bulgarien (Kurzpapier der Abteilung Außenpolitische Forschung der Friedrich-Ebert Stiftung), Bonn 1990.
- Neuwahlen in Bulgarien (Kurzpapier der Abteilung Außenpolitikforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1991.

- CLYATT, Oscar W. : Bulgaria's quest for security after the Cold War/The Institute for National Strategic Studies, (National Defense University). Washington. DC: Inst. for National Strategic Studies 1993.

- CREED, Gerald W. : Rural-Urban Oppositions in the Bulgarian Political Transition, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 6/1993, S.369-382.

- DIMITROW, Rumen : - Bewegungsende zum Demokratiebeginn?
- Institutionalisierungsprobleme des politischen Vermittlungssystems in Bulgarien, in: Osteuropa in der Krise-Bewegungen ohne Einfluß, Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen (Hrsg.), Wiesbaden 1993.

- GANCEW, Petar : Bulgarien: Wandel - zwischen Enttäuschung und Hoffnung, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 11/12 1991, S.615.

- GJUZELEW, Bojan : Bulgarien zwischen den Parlaments- und Präsidententschaftswahlen (Oktober 1991 bis Februar 1992), in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 10/1992, S.613-632.

- GROTHUSEN, Klaus-Detlev : Bulgariens Rolle als Teil der europäischen Völkerfamilie, in: Südosteuropa Mitteilungen, 2/1993, S. 113-120.

- HÖPKEN, Wolfgang :
  - Außen- und sicherheitspolitische Optionen Bulgariens seit der "Wende" 1989, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 1/1992, S.27-52.
  - Revolution auf Raten -Bulgarien seit dem Ende der Ära Schiwkow (Hrsg.), München 1993.

- KENTROIS, Kiriakos : Die griechisch-bulgarischen Beziehungen nach dem Ende der Ära Shivkov, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 7-8/1993

- KIREANOW, Dejan : Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Bulgarien im Jahre 1992. Eine Zusammenfassung, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 7-8/1993, S. 443-454.

- MARKOW, Georgi : Istina (Zeitung des Verbandes ISTINA), Sofia, 1-3/1992-1993

- MOMTSCHEVA, Veneta : Bulgarien und das UN-Embargo gegen Serbien und Montenegro, in: Südosteuropa - Mitteilungen, 4/1993, S. 314-318.

- PISCHEW, Ognjan: : Zur öffentlichen Politik-Debatte in jungen Demokratien. Das Beispiel Bulgarien, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 3-4/1993, S. 153-163.

- RIEDEL, Sabine :
  - Bulgariens Balkanpolitik im Spiegel seiner politischen und wirtschaftlichen Tranformation, in: Südosteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 11-12/1992, S. 685 717.

- RIEDEL, Sabine : - Die türkische Minderheit im parla mentarischen Systems Bulgariens, in: Südosteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 2/1993, S. 100 - 125.
- Bulgariens außenpolitische Optionen, in: Südosteuropa - Mitteilungen, 4/1993, S. 301-314.

- WYZAN, Michael L. : Stabilization policy in post-commu nist Bulgaria. Stockholm Institute of Soviet and East European Economics, Stockholm 1992.

2. EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAKEDONIEN

- FRITZLER, Marc : Das ehemalige Jugoslawien, München 1993.

- HASSIOTIS, Iannis : Landmarks and principal phases in the history of modern and contemporary Macedonia, Thessaloniki 1992.

- HOPPE, Hans-Joachim : Die Albaner auf dem Balkan-Probleme, Realitäten und Lösungen, in: Südosteuropa Mitteilungen, 3/1993, S. 233-242.

- ISCHIEKOW, Anastas : Izsledwanija sa Makedonija, Sofia 1993.

- NIKOLAOU, Theodor : Makedonien - Wiege des Hellenisnus, München 1992.

- REUTER, Jens : Politik und Wirtschaft in Makedonien, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 2/1993, S. 1-83.

- TROEBST, Stefan : Makedonische Antworten auf die "Makedonische Frage" 1944-1992: Nationalismus, Republiksgründung, nation-building, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 7-8/1992, S.423-443.

- VÖLKL, Katrin : Makedonien, in: Der ruhelose Balkan, Michael Weithmann (Hrsg.), München 1993, S. 218-253.

3. REPUBLIK RUMÄNIEN

- BISCHOF, Henrik : - Am Vorabend der ersten freien Wahlen in Rumänien (Kurzpapier der Abteilung Außenpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1990,
  - Rumänien - die "gestohlene" Revolution, Forschungsbericht der Friedrich-Ebert- Stiftung , Bonn 1992.

- BÖLLSTIFTUNG (Hrsg.) : Die Demokratie der Nomenklatura. Zur gegenwärtigen Lage in Rumänien, Köln 1992.

- FRAUENDORFER, Helmuth (Redakt.) : Die Demokratie der Nomenklatura. Zur gegenwärtigen Lage in Rumänien, Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Köln 1991.

- GABANYI, Anneli Ute : - Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München 1990
  - Nationalismus in Rumänien, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 5/1992, S. 275-293.
  - Rumänien und die jugoslawische Krise, in: Südosteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 11-12/1992, S. 647-665.

- WAGNER, Richard : - Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende der Diktatur, Hamburg 1990,
  - Sonderweg Rumänien. Bericht aus einem Entwicklungsland, Berlin 1991.

- RADULESCU, Banu : Memoria (Zeitschrift des Verbandes MEMORIA), Bukarest, Nr. 1-9/1990-1993.

- ROTH, Harald : Siebenbürgen, in: Der ruhelose Balkan, Michael Weithmann (Hrsg.), München 1993, S. 64-94.

- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) : Rumänien, Länderbericht 1992, Wiesbaden 1992.

- WICHNER, Ernest (Hrsg.) : Das Land am Nebentisch. Texte und Zeichnungen aus Siebenbürgen, dem Banat und den Orten versuchter Ankunft, Leipzig 1993.

4. AUFARBEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN EPOCHE IN SÜDOSTEUROPA

- BÖHM, Johann : "Lang lebe Stalin, lang", Zeitfelder 1945-1964, (verschiedene Autoren) in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, Ippesheim 1993.

- DIMITROW, Rumen : - Nomenkulturata, Sofia 1991
  - Tribunal ili Forum, Rasmisli esseta, Sofia 1992.

- DIN DOCUEMTELE REZISTENTEI : Nr. 1/1990 - Nr. 6/1992, Arhiva Asociatiei fostilor detinuti politici din Romania (Hrsg.), Bukarest (Rumänien).

- PAKTOW, Swilen : Balgarskijat Gulag, Swideteli. Sbornik ot dokumentalni raskasi sa Konzlagerite w Balgarija, Sofia 1991.

- TRANSIT : Europäische Revue, Herausgeber: Krysztof Michalski, Nr. 1 (1990) - Nr. 6 (1993) -Frankfurt/Main.

- WAGNER, Richard : - Völker ohne Signale: Zum Epochenumbruch in Osteuropa, Berlin 1992,
  - Mythosdämmerung. Entwürfe eines Mitteleuropäers, Berlin 1993.

5. SÜDOSTEUROPA - ALLGEMEINES, ZUSAMMENFASSUNGEN

- ANDERSON, Benedict : Imagined communities: reflections on the orgin and spread of nationalism. London, New York, 1992.

- ALTHAMMER, Walter (Hrsg.) : Das vereinte Deutschland als Partner Ostmittel- und Südosteuropas, München 1991.

- AXT, Heinz-Jürgen : Southern Europe and the EC: divergence and cohesion, in: The Southeast-european Yearbook 1991, Athens 1992, S. 53-75.

- BETTELHEIM, Peter : Antisemitismus in Osteuropa: Aspekte einer historischen Kontinuität, Wien 1992.

- BIBO, Istvan : Die Misere der osteuropäischen Klein staaterei, Frankfurt am Main 1992.

- BISCHOF, Henrik : Die europäische Sicherheit und das Pulverfaß Osteuropa, Abt.Außenpolitikforschung im Forschungsinst. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.

- BRAHM, Heinz : Die neue Parteienlandschaft in Osteuropa (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 35 - 1993), Köln 1993.

- BRODERSEN, Ingke (Hrsg.) : Die Roma - Hoffen auf ein Leben ohne Angst, Hamburg 1992.

- BROWN, James F. : Nationalism, Democracy and Security in the Balkans. Aldershot 1992.

- BURRICHTER, Clemens : "Ohne Erinnerung keine Zukunft!". Zur Aufarbeitung von Vergangenheit in einigen europäischen Gesellschaften unserer Tage, Köln 1992.

- DJURIC, Rajko, BENGSCH, Bertold : Der Zerfall Jugoslawiens, Berlin 1992.

- DOMASCHKE,Cornelia, SCHLIEWENZ, Birgit : Spaltet der Balkan Europa ?, Berlin 1994.

- DRUWE, Ullrich : Osteuropa im Wandel. Szenarien einer ungewissen Zukunft. Weinheim 1992.

- FERDOIWSKI, Mir A. : Probleme und Perspektiven der Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa, in: Europa-Archiv, Zeitschrift für Internationale Politik, 9/1993, S. 249-255.

- GÄRTNER, Heinz : Demokratisierungs- und Reformprozesse in Osteuropa: Schwerpunktthema: Demokratisierungs- und Reformprozesse in Osteuropa, Institut für Staats- und Politikwissenschaft, Wien 1991.

- GRIMM, Gerhard : Der Balkan im Umbruch. Zum Strukturwandel in Südosteuropa, in: Die neueren politischen Entwicklungen in der DDR und in Ost- und Südosteuropa. München 1991, S. 96-115.

- GROEBNER, Viola : Reale Chancen für die Aufnahme der Staaten Südosteuropas in die Europäischen Gemeinschaften, in: Südosteuropa Mitteilungen, 4/1993, S. 318-328

- GROSS, Alexandra : Wandel der sowjetischen Osteuropa-Politik in der Ära Gorbatschow, Frankfurt/M. 1992.

- GUMPEL, Werner (Hrsg.) : Barrieren im Bereich der Verkehrs-, Energie- und Agrarwirtschaft in Ost- und Südosteuropa, (in der Reihe Südosteueropa - aktuell Nr. 15), München 1993.

- HÖSCH, Edgar : Geschichte der Balkanländer: von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 1993.

- KOHL, Christine von : Kosovo: gordischer Knoten des Balkan, Wien/Zürich 1992.

- KÖPF, Peter : Stichwort: Sinti und Roma (Heyme-Sachbuch), München 1994.

- LANDAU, Alice : Regionale Kooperation in Mittel- und Osteuropa: Auf dem Wege zu einer neuen europäischen Architektur?, in: Südosteuropa. Mitteilungen, Nr.4/1993, S. 328-344.

- LIBAL, Wolfgang : Das Ende Jugoslawiens. Chronik einer Selbstzerstörung, Wien 1991.

- LINSS, Hans-Peter (Hrsg.) : Deutschland und die Völker Südosteuropas, München 1993.

- MINTSCHEW, Emil : Europa, die Europäische Gemeinschaft und die Balkanhalbinsel - ein Plädoyer für eine neue integrative Strategie, in: Südosteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 78/1993, S. 409-420.

- MOMMSEN, Margarete (Hrsg.) : Nationalismus in Osteuropa, München 1992.

- POULTON, Hugh : The Balkans. Minorities and States in Conflikt. Minority Rights Publ., London 1991.

- PROTONOTARIOS, Nicolas : Bedrohungsvorstellungen der südosteuropäischen Länder in Südosteuropa . Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 2/1992, S. 87-106.

- RATHFELDER, Erich (Hrsg.) : Krieg auf dem Balkan, Hamburg 1992.

- REHDER, Peter (Hrsg.) : Das neue Osteuropa von A-Z. Neueste Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa, München 1993.

- ROGGEMANN, Herwig : Krieg und Frieden auf dem Balkan. Historische Kriegsursachen, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen politische und rechtliche Friedensvoraussetzungen, Berlin 1993.

- SCHMID, Karin : Untergang und Entstehung von Staaten in Mittel- und Osteuropa. Neue Entwicklungen in Staats- und Völkerrecht (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 34 - 1993), Köln 1993.

- SUNDHAUSSEN, Holm : Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall, Mannheim 1993.

- WEITHMANN, Michael (Hrsg.) : Der ruhelose Balkan, München 1993.